



**DNR**  
DEUTSCHER  
NATURSCHUTZRING

# JAHRESBERICHT 2020

DACHVERBAND DER DEUTSCHEN NATUR-, TIER-  
UND UMWELTSCHUTZORGANISATIONEN e.V.

# INHALT

**DAS JAHR 2020 FÜR DEN DNR:**

**UMWELTPOLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN IN ZEITEN  
DER CORONA-PANDEMIE ..... SEITE 3**

**IM FOKUS**

**AGRAR-, NATUR- UND TIERSCHUTZPOLITIK ..... SEITE 6**

**IM FOKUS**

**POLITIK UND GESELLSCHAFT ..... SEITE 14**

**IM FOKUS**

**EU-KOORDINATION ..... SEITE 19**

**IM FOKUS**

**KOMMUNIKATION UND PRESSESTELLE ..... SEITE 23**

**IM FOKUS**

**VERNETZUNG UND VERBANDSARBEIT ..... SEITE 26**

**DNR-TRÄGERSCHAFT**

**ZIVILGESELLSCHAFTLICHE PLATTFORM  
FORSCHUNGSWENDE ..... SEITE 29**

**DNR-TRÄGERSCHAFT**

**FORUM UMWELT UND ENTWICKLUNG ..... SEITE 31**

**DNR-TRÄGERSCHAFT**

**KAMPAGNE MEINE LANDWIRTSCHAFT /  
WIR HABEN ES SATT ..... SEITE 41**

**STRUKTUREN & ZAHLEN ..... SEITE 45**

**MITGLIEDSCHAFTEN UND GREMIEN ..... SEITE 49**

**IMPRESSUM ..... SEITE 50**

**LEITBILD ..... SEITE 51**

**MITGLIEDER ..... SEITE 52**

DAS JAHR 2020 FÜR DEN DNR:

# UMWELTPOLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN IN ZEITEN DER CORONA-PANDEMIE

Das Jahr 2020 brachte auch für den DNR und seine Mitgliedsorganisationen große Herausforderungen. Das öffentliche, politische und private Leben wurde im Zuge der Covid-19-Pandemie drastisch eingeschränkt. Die Pandemiemaßnahmen haben auch zu grundlegenden Veränderungen der Arbeitsweise für den Umwelt-, Natur- und Tierschutz geführt. Die tägliche Zusammenarbeit der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter\*innen sowie die Vielzahl an geplanten öffentlichen Aktionen und Konferenzen schienen angesichts von Social Distancing und Home-office anfangs nahezu unmöglich. Die neuen Bedingungen erforderten im weiteren Pandemieverlauf eine Neuorganisation der gewohnten Arbeitsstrukturen und Prozesse. Auch für den DNR war es eine besondere Herausforderung, unter diesen Einschränkungen eine erfolgreiche Koordination, Vernetzung und gemeinsame Strategiefindung zu bewerkstelligen und zu gewährleisten, dass die gemeinsamen Anliegen weiterhin deutlich und kritisch in die politischen Entscheidungsprozesse einfließen können.

Die Corona-Pandemie hat verdeutlicht, dass unsere Gesellschaft nicht abgeschottet von ihrer Umwelt existiert. Sowohl die Klimakrise und das Artensterben als auch das Aufkommen neuer Krankheitserreger hängen mit dem gesellschaftlichen Unvermögen zusammen, die planetaren Belastungsgrenzen einzuhalten. Diese Krisen prägen die politischen Aufgaben des DNR. Es geht heutzutage nicht mehr in erster Linie darum, der Umwelt-, Natur- und Tierschutzpolitik Beachtung in der Gesellschaft zu verschaffen. Denn die Aufmerksamkeit ist selbst in Corona-Zeiten groß.



Es steigt die Erwartungshaltung für konkrete Handlungen. Dadurch werden die Umweltverbände zunehmend zu einer Gestaltungsbewegung.

Trotz der erschwerten Bedingungen hat sich der DNR im Jahr 2020 intensiv mit zahlreichen aktuellen und wichtigen Themen beschäftigt. Als Beispiele seien nur die deutsche EU-Ratspräsidentschaft, die Corona-Konjunkturprogramme, die Anhebung der EU-Klimaziele für 2030, der Europäische Green Deal mit seinen verschiedenen Strategien, die nationale Umsetzung der EU-Agrarreform und das Thema Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung genannt. Zugleich stand der DNR mit Themen wie dem Waldsterben, den neuen Gentechnikverfahren und dem naturverträglichen Ausbau erneuerbarer Energien vor wachsenden Herausforderungen, die wir gemeinsam mit den Mitgliedern intensiv begleiten. Gerade die Aufgaben an der Schnittstelle zwischen der nationalen und der europäischen Ebene machen weiter eine intensive Koordination der Verbände erforderlich.

Um diese Herausforderungen zu bewältigen, bedarf es eines starken Netzwerks. Zu einem solchen ist der DNR mit seinen Mitgliedern in den vergangenen Jahren weiter zusammengewachsen. Mit jeder Mitgliederversammlung wird der DNR größer, mittlerweile umfasst er 97 Mitgliedsorganisationen. Vielfalt ist das, was den Dachverband ausmacht, und sie ist nötig, um den DNR als zivilgesellschaftlichen Akteur für alle relevanten Bündnispartner ansprechbar zu machen.

Der vorliegende Jahresbericht informiert über die Entwicklungen sowie die vielfältige Arbeit des DNR im Jahr 2020.



Kai Niebert,  
Präsident



Florian Schöne,  
Politischer Geschäftsführer



## IM FOKUS

# AGRAR-, NATUR- UND TIERSCHUTZPOLITIK



*„2020 war ein herausforderndes Jahr. Die globale Pandemie hat uns allen vor Augen geführt, wie krisenanfällig die gesamte Gesellschaft ist. Daher ist es umso wichtiger, die Klima- und die Biodiversitätskrise zusammen zu denken und gemeinsam anzugehen. Wälder, Wasser, Böden und Luft und damit unsere Lebensgrundlagen sind allesamt von diesen Krisen betroffen. Einer der zentralen Schlüssel zur Lösung ist die Transformation der Landwirtschaft.“*

– Lavinia Roveran, Koordinatorin für Naturschutz und Agrarpolitik



#### DAS VORHABEN IM INTERNET:

[www.dnr.de/biodiversitaetspolitik](http://www.dnr.de/biodiversitaetspolitik)



#### TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Ilka Dege (bis 07/20)

Lavinia Roveran

Florian Schöne

Johann Schlanstein (bis 08/20)

Katrin Meyer (ab 09/20)

Das Jahr 2020 war trotz der pandemiebedingten Ausnahmesituation sehr ereignisreich für den Naturschutz, die Landwirtschaft und den Tierschutz. Die fortgeschrittenen Verhandlungen zur EU-Agrarpolitik, die EU-Strategien zu Biodiversität und „Farm to Fork“, das Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission gegen Deutschland wegen der Nichteinhaltung des Düngerechts, der Insektenschutz, der Gewässerschutz und nicht zuletzt die Zukunftskommission Landwirtschaft sind nur eine Auswahl der Themen, die die Arbeit des DNR prägten. Neben politischen Terminen, Pressearbeit, Veranstaltungen und Publikationen organisierte der DNR regelmäßig digitale Strategietreffen mit den Mitgliedsorganisationen, um die vielfältigen Themen zu diskutieren und gemeinsame Initiativen abzustimmen.

## EUROPEAN GREEN DEAL

Am 20. Mai 2020 legte die EU-Kommission ihre Biodiversitätsstrategie und ihre „Farm-to-Fork“-Strategie zur Verwirklichung des European Green Deal vor. Der DNR und viele andere Verbände begrüßen diese Strategien, da sie dem Schutz der Biodiversität sowie der Ausgestaltung der Agrarpolitik eine zukunftsweisende Perspektive bieten. Ziele wie die Halbierung des Pestizideinsatzes bis 2030 und der Ausbau des Ökolandbaus auf 35 Prozent in der EU zeigen, dass die EU-Kommission verstanden hat, wie wichtig die Transformation des Sektors ist. Dabei ist entscheidend, die Entwürfe zur Reform der GAP auf die Vereinbarkeit mit den neuen Strategien zu prüfen, insbesondere da die Reformvorschläge noch von der Kommission Juncker stammen.

Im Oktober verabschiedeten die EU-Mitgliedstaaten dann unter der deutschen Ratspräsidentschaft ihre Schlussfolgerungen zur EU-Biodiversitätsstrategie und unterstützten die von der EU-Kommission vorgeschlagenen konkreten Ziele und Maßnahmen (zum Beispiel die Ausweisung von 30 Prozent der Land- und Meeresflächen der EU als Schutzgebiete, verbindliche Renaturierungsziele, die Umwandlung von zehn Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Landschaften mit hoher Artenvielfalt). In ihren Schlussfolgerungen fordern die Mitgliedstaaten zudem ein internationales Rahmenwerk für die Verwirklichung globaler Artenschutzziele bis 2050. In der DNR-Bewertung der Ratspräsidentschaft vom 18. Dezember haben wir diesen Schritt gelobt und zugleich darauf aufmerksam gemacht, dass die von den Umweltministerinnen und -ministern verabschiedete Position im scharfen Widerspruch zu den Vorstellungen des Agrarrats zur Zukunft der Landwirtschafts- und Ernährungspolitik in Europa steht.

## DIE ENDLOSE REFORM DER EU-AGRARPOLITIK

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) bleibt ein ständiger Begleiter in der Arbeit des DNR. Obwohl die Gesetzentwürfe bereits seit Sommer 2018 vorliegen, wurden auch im Jahr 2020 die Verhandlungen auf EU-Ebene noch nicht abgeschlossen. Stattdessen beschloss die EU eine Übergangsphase von zwei Jahren, da das eigentliche Startdatum der neuen GAP im Januar 2021 durch die

verzögerten Verhandlungen nicht einzuhalten war. Zugleich ging auch auf nationaler Ebene der Entwicklungsprozess des nationalen Strategieplans weiter.

Der Oktober stand ganz im Zeichen der GAP-Verhandlungen. Sowohl Parlament als auch Rat (unter Vorsitz der Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft Julia Klöckner) einigten sich innerhalb weniger Tage auf ihren jeweiligen Standpunkt zum Reformvorschlag der EU-Kommission. Beide Abstimmungen wurden in den Wochen zuvor intensiv von der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der deutschen und europäischen Verbände begleitet, insbesondere die Parlamentsentscheidungen, die wegen des vom zuständigen Ausschuss vorgelegten Berichts und weiterer eingereicherter Änderungsanträge nichts Gutes erahnen ließen. Der DNR und seine Partnerorganisationen sowie Fridays for Future hatten in den sozialen Medien unter dem Hashtag #scrapthecap auf die unambitionierten Vorschläge aufmerksam gemacht und die Abgeordneten aufgefordert, den Bericht abzulehnen. Der Vorschlag für die Verordnung zu den Strategieplänen wurde im Parlament zwar angenommen, das Votum fiel aber weniger eindeutig aus als erwartet.

Zum Beginn der Trilog-Verhandlungen Anfang November informierte der DNR in einem Hintergrundpapier zudem über die Verhandlungspositionen der einzelnen Institutionen.

Auch im nationalen Prozess brachte sich der DNR intensiv ein, etwa mit Stellungnahmen zur Bedarfsanalyse, mit der Beteiligung am fortlaufenden Konsultationsprozess des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) sowie durch die Mitarbeit in der Verbändeplattform zur GAP.

Zusätzlich eröffnete das BMEL im Herbst die erste Phase der Strategischen Umweltprüfung (SUP) zum nationalen GAP-Strategieplan. Unter Einbeziehung der Mitgliedsverbände hat der DNR eine umfassende Stellungnahme eingereicht.

## ZUKUNFTSKOMMISSION LANDWIRTSCHAFT

Die anhaltenden Proteste von Landwirt\*innen führten im Dezember 2019 zu dem von Bundeskanzlerin Angela Merkel einberufenen Agrargipfel. Dort wurde beschlossen, die Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL) einzusetzen, die die zahlreichen Herausforderungen und Konfliktfelder diskutieren und eine Zukunftsvision für die Landwirtschaft in Deutschland entwickeln soll. Die Kommission setzt sich aus Vertreter\*innen von Umwelt, Landwirtschaft, Agrarindustrie, Verbraucherschutz und Wissenschaft zusammen und umfasst insgesamt 31 Mitglieder. Auch der DNR wurde mit seinem Präsidenten Kai Niebert in die Kommission berufen. Nach einigen pandemiebedingten Verzögerungen nahm die Kommission ihre Arbeit im September 2020 auf. Ende Juni 2021 verabschiedete sie ihren Abschlussbericht.

Die ZKL tagte 2020 viermal. Die inhaltliche Arbeit in der ZKL war in folgenden Arbeitsgruppen organisiert: Ökologie, Ökonomie, Soziales, GAP, Zukünfte. Kai Niebert gehörte zudem zur Steuerungsgruppe, die die Arbeit des Vorsitzenden Prof. Dr. Peter Strohschneider begleitete.

Der DNR koordinierte die Arbeit zur ZKL auf mehreren Ebenen. Zum einen fand ein wöchentlicher Austausch der Arbeitsebene der sieben vertretenen Umweltverbände statt, in der die Arbeit der Kommissionsmitglieder vorbereitet wurde. Zusätzlich organisierte der DNR Vor- und

Nachbereitungs- sowie Strategietreffen für die sieben Umweltverbände in der Kommission. Zur Einbindung der zahlreichen Verbände, die nicht zur ZKL gehörten, fanden zudem regelmäßige Austauschrunden statt, in denen die Kommissionsmitglieder über den Fortschritt in der ZKL berichteten und mit den Verbänden diskutierten.

## DÜNGEVERORDNUNG – UMSETZUNG EU-NITRATRICHTLINIE

Das Jahr 2020 war in Sachen Düngerecht von einem Ringen zwischen Deutschland und der EU-Kommission gekennzeichnet. Alle Maßnahmen der Bundesregierung reichten nicht aus, um das Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland abzuwenden. Noch Ende 2019 hatte das BMEL einen neuen Entwurf der Düngeverordnung vorgelegt. Im Januar 2020 reagierten die Verbände unter Federführung des DNR mit einer gemeinsamen Stellungnahme, in der sie die Tauglichkeit der neu vorgelegten Verordnung anzweifeln. Im September verabschiedete der Bundesrat die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Ausweisung nitratgefährdeter und eutrophierter Gebiete (AVV GeA). Zuvor hatte sich der DNR in einem gemeinsamen Brief mit zwölf weiteren Verbänden an die Bundesländer gewandt. Aus Sicht der Verbände wird mit der verabschiedeten AVV die Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie weiter verwässert. Im nächsten Schritt überprüft die EU-Kommission die AVV im Zuge des laufenden Vertragsverletzungsverfahrens gegen Deutschland.

## INSEKTENSCHUTZ BLEIBT BESTIMMENDES THEMA AUF DER POLITISCHEN AGENDA

Die Umsetzung des Aktionsprogramms Insektenschutz ist für den DNR weiterhin ein zentrales Thema. Das Bundesumweltministerium (BMU) legte zum Ende der Sommerpause einen Vorschlag für ein Insektenschutzgesetz vor. Der DNR brachte sich bei der Verbändeanhörung mit einer Stellungnahme ein. Das BMU hat sich in seinem Entwurf auf die eigenen Zuständigkeiten beschränkt: Themen wie Lichtverschmutzung, Verbot von Bioziden in Naturschutzgebieten sowie die Erweiterung der gesetzlich geschützten Biotop- und Grünland-Lebensraumtypen sind von dem Gesetz abgedeckt. Im Dezember legte das BMEL endlich mit einem Entwurf für die Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung nach. Hier geht es vor allem um ein Pestizidverbot in Schutzgebieten und an Gewässerrandstreifen sowie um einen Ausstieg aus der Nutzung von Glyphosat. Nach wiederholten Verzögerungen und Vorbehalten aus dem BMEL brachte sich der DNR über die Pressearbeit und breit getragene Schreiben an die Bundesregierung intensiv in die Debatte ein, damit das Insektenschutzgesetz ambitioniert und zeitnah verabschiedet wird. Eine Einigung war dennoch bis Ende des Jahres nicht in Sicht.

## GEWÄSSERSCHUTZ

Nach dem erfreulichen Votum der EU-Kommission von Mitte Dezember 2019, mit dem sie die EU-Wasserrahmenrichtlinie als „fit for purpose“ erklärte, fand am 5. März 2020 im EU-Rat eine erste Aussprache zur Frage „Erhalt oder Nachbesserung der Richtlinie“ statt. Dem ging eine intensive Lobbyarbeit der Verbände voraus. Das BMU stand unter starkem Druck der Wirtschaft, die Richtlinie zu öffnen. Davon wurde jedoch vorerst abgesehen.

Am 11. September fand das Gewässerschutzforum der Umweltverbände erstmalig im digitalen Format statt. Mit knapp 200 Vertreter\*innen aus Verbänden, Verwaltung, Politik und Wissenschaft war das Forum ein großer Erfolg ([www.wrrl-forum.de](http://www.wrrl-forum.de)). Die Verbändekooperation zwischen DNR, NABU, BUND, WWF und der Grünen Liga arbeitet auch über das Forum hinaus in Sachen Gewässerschutz zusammen. Inhaltlich bleibt weiterhin die Wasserrahmenrichtlinie das zentrale Thema der Verbändearbeit. So brachten die Verbände ihre Kritik an dem Transparenzansatz der Bund-/Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) in einem gemeinsamen Schreiben Anfang November zum Ausdruck. Zudem unterstützt der DNR das „Hydropower Manifesto“, das von zahlreichen europäischen Organisationen getragen wird und den Einsatz von Wasserkraft kritisiert.

## NEUE GENTECHNIK GEFÄHRDET ARTEN- UND NATURSCHUTZ

Neue Gentechnikverfahren wie die „Genschere“ CRISPR/Cas ermöglichen tiefgreifende Eingriffe in das Erbgut von Tieren und Pflanzen. Mit den technischen Möglichkeiten haben sich auch die Einsatzziele verändert. Insekten, Nagetiere und Bäume geraten zunehmend in den Fokus möglicher Anwendungen. Der 2019 vom DNR in Auftrag gegebene Bericht des Instituts für unabhängige Folgenabschätzung in der Biotechnologie (testbiotech), in dem anhand von Beispielen die Folgen einer unkontrollierten Ausbreitung und ungewollte Effekte für den Natur- und Artenschutz aufgezeigt werden, wurde 2020 in englischer und französischer Fassung veröffentlicht. In Anbetracht der weitreichenden ökologischen Risiken, die mit dem Austausch natürlicher Populationen durch künstliche verbunden sind, ist der Naturschutz gefordert, sich stärker in die Debatte einzubringen, um Abstriche an der umfassenden Risikobewertung und Kontrolle der sogenannten neuen Gentechnik zu verhindern und Freisetzungen an die Bedingung einer Rückholbarkeit zu knüpfen.

Der DNR ist Mitglied im Runden Tisch gegen Gentechnik und daher mit anderen Verbänden im regelmäßigen Austausch zum Thema. Der DNR gab zudem Ende des Jahres gemeinsam mit der Mitgliedsorganisation Zukunftsstiftung Landwirtschaft und weiteren Partnerorganisationen in Deutschland und Europa eine repräsentative Umfrage zur Wahrnehmung der neuen Technologie Gene Drive in Auftrag; die Veröffentlichung erfolgte im Januar 2021.

## GRENZÜBERGREIFENDE ALLIANZ ZUM NATUR- UND HOCHWASSERSCHUTZ AN DER ODER

Das gemeinsame Engagement zum länderübergreifenden Schutz der Oder vor den Ausbauplänen der polnischen Regierung wurde nach der Entscheidung der polnischen Generaldirektion Umweltschutz zur Fahrrinnenanpassung der Grenzoder mit Blick auf ein mögliches Klageverfahren fortgeführt. Gemeinsam mit neun weiteren Organisationen schloss der DNR eine Vereinbarung über die Schaffung eines „Aktionsbündnisses zum Schutz der Grenzoder“ mit dem Ziel ab, die Planungen zur Vertiefung und Verbreiterung der Fahrrinne zu verhindern. Zu diesem Zweck sollen alle Möglichkeiten für ein Klageverfahren gegen die Republik Polen geprüft werden, wofür ausreichende finanzielle Mittel für zwei Jahre in den Verbänden gesammelt wurden.

## STRATEGIEGRUPPE NATURSCHUTZFLÄCHEN FORTGEFÜHRT

Seit über 15 Jahren überträgt der Bund im Rahmen des Nationalen Naturerbes (NNE) unentgeltlich Flächen an Länder, Stiftungen und Verbände, um diese dauerhaft dem Naturschutz zu unterstellen. Unter Koordination des DNR setzten sich zahlreiche Naturschutzorganisationen in der Strategiegruppe Naturschutzflächen dafür ein, dass die im Koalitionsvertrag vereinbarte vierte Tranche des Naturerbes mit 30.000 Hektar endlich verabschiedet und zugleich der neu eingerichtete Wildnisfonds der Bundesregierung zielführend ausgestaltet wird. Zudem vertritt die DNR-Strategiegruppe auch die NNE-Flächenbesitzer\*innen der Naturschutzorganisationen im Naturerbe-Rat.

## VERBOT VON BLEIMUNITION

Anfang September stimmten die EU-Mitgliedstaaten endlich für das Verbot von Bleimunition in Feuchtgebieten. Der Abstimmung waren im August eine intensive Pressearbeit und ein offener Brief von 30 Verbänden vorangegangen. Da die rechtskonservative Fraktion vor der Abstimmung im EU-Parlament Einsprüche eingereicht hatte, informierten wir gemeinsam mit anderen Verbänden in einem Briefing für die Abgeordneten des Umweltausschusses über die Auswirkungen von Bleimunition in Feuchtgebieten und die Gründe für ein Verbot. Die Einsprüche wurden Ende November trotz Unterstützung von CDU- und FDP-Abgeordneten abgelehnt, sodass das Verbot ab 2022 in Kraft treten kann.

## NATURVERTRÄGLICHER AUSBAU DER WINDENERGIE

Angesichts der klimapolitischen Ziele und des schleppenden Ausbaus der Windenergie bemühte sich der DNR mit seinen Mitgliedsorganisationen intensiv um Lösungsansätze für einen beschleunigten, naturverträglichen Ausbau der Windenergie an Land. So stellten sieben Umweltverbände Ende Januar 2020 ein Thesenpapier vor, in dem Vorschläge für eine rechtssichere Ausweisung von Windkonzentrationszonen, eine einheitlichere Anwendung des Artenschutzrechts sowie eine verstärkte Nutzung der artenschutzrechtlichen Ausnahme bei gleichzeitiger Absicherung durch öffentliche Artenschutzprogramme vorgelegt werden. Unter Moderation und Mitwirkung des Kompetenzzentrums Naturschutz und Energiewende (KNE) fanden regelmäßige Verbänderunden statt, bei denen aktuelle Fachdebatten zum signifikant erhöhten Tötungsrisiko für Vögel an Windrädern oder zu den Strommengen- und Flächenausbauzielen diskutiert wurden.

Darüber hinaus begleitete der DNR den von der Umweltministerkonferenz (UMK) eingesetzten Arbeitsprozess für einheitliche Signifikanzkriterien. DNR-Präsident Kai Niebert wurde in den Lenkungskreis der Staatssekretärinnen und -sekretäre von Bund und Ländern berufen, um bei den Themen Schwellenwerte für ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko, probabilistische Verfahren sowie Repowering die Verbändeinteressen zu vertreten. Der DNR setzte sich dafür ein, die artenschutzrechtlichen Vereinheitlichungen untergesetzlich zu vereinbaren und zugleich weitere Ausbauhemmnisse der Windenergie wie eine fehlende Regionalplanung oder pauschale Abstandsregelungen zur Wohnbebauung verstärkt zu thematisieren.

## TIERSCHUTZ

Der DNR beteiligte sich an der Arbeitsgruppe Ökonomie im BMEL-Prozess „Kompetenznetzwerk Nutztierstrategie“. Am 11. Februar 2020 legte die sogenannte Borchert-Kommission ihren Bericht vor. Der politische Neuanlauf für den überfälligen Umbau der Tierhaltung ist erfreulich, auch der Analyseteil des Berichts beschreibt die Lage und den Handlungsbedarf deutlich. Die vorgelegten Handlungsempfehlungen werden allerdings kritisch gesehen, da die Anwendung von Ordnungsrecht weiter hinausgezögert und der Umbau allein den Verbraucherinnen und Verbrauchern aufgebürdet wird (keine Ko-Finanzierung durch GAP-Mittel).

Zudem fand im Juni ein Verbändeausgang zum aktuellen Stand politischer Themen im Bereich Nutztierhaltung (Tierwohllabel, Umsetzung Borchert-Kommission, Ferkelkastration, Kastenstand, Tiertransporte, Förderung Stallumbau, Debatte Situation Schlachthöfe usw.) statt.

2020 nahm auch die Debatte über Naturzerstörung beziehungsweise den Verlust von Lebensräumen und den Zusammenhang zwischen Wildtierhandel und dem Entstehen von Pandemien an Fahrt auf. Der DNR begleitete diese intensiv, vor allem in Netzwerken und Medien wie Twitter sowie in einem Verbändebrief zum Wildtierhandel.

## DEUTSCHER NATURSCHUTZTAG

Die Ausrichtung des Deutschen Naturschutztags (DNT) 2020 in Wiesbaden wurde wegen der Pandemiesituation auf Juni 2021 verschoben. Der DNR ist einer der fünf Träger (Bundesumweltministerium, Bundesamt für Naturschutz, Bundesverband Beruflicher Naturschutz und das jeweilige Bundesland), die für die Programmplanung und Ausführung zuständig sind. Das neu ins Leben gerufene Innovationsteam erarbeitete Ideen für die Weiterentwicklung des Kongresses und die Ansprache neuer Zielgruppen ab 2022. Die Planungen für den DNT 2022 in Niedersachsen sind bereits angelaufen.

## UN-DEKADE BIOLOGISCHE VIELFALT

Am 16. Juni fand die letzte Jurysitzung der UN-Dekade Biologische Vielfalt statt. Der DNR brachte sich als langjähriges Jurymitglied in die Arbeit ein. Die Jury kürte das Projekt [www.hirschkaefersuche.de](http://www.hirschkaefersuche.de) zum Projekt des Jahres.

## IUCN

Der DNR ist Mitglied und Focal Point für Deutschland in der Weltnaturschutzunion (IUCN). Auch der für 2020 geplante World Conservation Congress der internationalen Organisation wurde pandemiebedingt auf das Jahr 2021 verschoben. Dennoch organisierte der DNR ein Treffen der deutschen IUCN-Mitgliedsorganisationen, um die gemeinsame Arbeit in der IUCN besser abzustimmen. Zudem reichte der DNR eine Stellungnahme zu neuen Gentechniken ein, da die IUCN eine gentechnikfreundliche Agenda vertritt, die konträr zu den Positionen des DNR und seiner Mitgliedsorganisationen steht.



IM FOKUS:

# POLITIK UND GESELLSCHAFT



*„Das Jahr 2020 war geprägt von einer globalen Krise, die nicht nur unsere Verletzlichkeit als Gesellschaft offengelegt hat, sondern auch gezeigt hat, was sich grundsätzlich ändern muss. Die Politik hörte plötzlich weltweit auf die Wissenschaft und musste unverzüglich handeln. Die Klimakrise dagegen wartet immer noch auf entschiedenes Handeln. Dabei warnt die Wissenschaft immer eindringlicher vor den menscheitsgefährdenden Folgen unseres Nichtstuns. Immerhin: Entgegen vieler Erwartungen bleibt die Klimakrise im Fokus der Öffentlichkeit. Und wir arbeiten weiter an ambitionierten Zielen und deren Umsetzung!“*

– Tobias Pforte-von Randow, Koordinator Politik & Gesellschaft



**DAS VORHABEN IM INTERNET:**

[www.dnr.de](http://www.dnr.de)



**TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:**

Tobias Pforte-von Randow  
Ricarda Kandert (bis 05/20)  
Lisa Grau  
Luisa Pasternak

Mit dem Team Politik & Gesellschaft sucht der DNR den Schulterchluss mit weiteren zivilgesellschaftlichen Dachverbänden, vernetzt sich mit relevanten Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft und koordiniert die Mitgliedsverbände. Dabei reichen die Themen von der Klima- und Energiepolitik über den Wirtschaftswandel bis zur Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus.

Die Themen eint die Erkenntnis, dass eine wirksame Politik innerhalb der planetaren Grenzen nur mit der und nicht gegen die Gesellschaft gelingen kann. Neben kohärenter Politik bedarf es dafür auch eines gesellschaftlichen Klimas, das auf Fakten und Dialog statt auf Spaltung setzt.

## KLIMAZIEL 2030

Nachdem die Bundesregierung das Klimaschutzprogramm 2030 im Herbst 2019 verabschiedet hatte, wurde in verschiedenen Gutachten deutlich, dass die Maßnahmen, um das Klimaziel für 2030 (55 Prozent Emissionsminderung im Vergleich zu 1990) zu erreichen, nicht ausreichen würden. Gemeinsam mit der Klima-Allianz Deutschland koordinierte und veröffentlichte der DNR im August ein von einem breiten gesellschaftlichen Bündnis getragenes Forderungspapier zur Schließung der Lücke.

## KOHLEAUSSTIEGSGESETZ

Bundestag und Bundesrat verabschiedeten am 3. Juli 2020 das Kohleausstiegsgesetz. Die Umweltverbände kritisierten es einhellig, da es nicht einmal den unzureichenden Kohlekompromiss gewährleistet. Stattdessen werden im Vergleich zu den Empfehlungen der Kohlekommission zusätzliche 180 Millionen Tonnen beziehungsweise rund 20 Prozent mehr CO<sub>2</sub> ausgestoßen. In einem völlig intransparenten Verfahren wurden die milliardenschweren Entschädigungen für die Braunkohleunternehmen in öffentlich-rechtlichen Verträgen festgesetzt. Gemeinsam mit vielen unserer Mitglieder, darunter insbesondere ClientEarth, intervenierte der DNR und pochte auf mehr Transparenz und Sachlogik. Die öffentlich-rechtlichen Verträge wurden dennoch im Bundestag verabschiedet. Allerdings werden Entschädigungen beihilferechtlich von der Europäischen Union geprüft.

## ERNEUERBARE ENERGIEN

Die in der laufenden Legislatur anstehende EEG-Novelle war ein großes Streitthema in der Koalition. Nach Monaten der Diskussionen um Mindestabstände zur Wohnbebauung und zahlreichen erfolglosen Sitzungen der sogenannten AG Akzeptanz der Regierungsfractionen wurde Ende 2020 eine Minireform beschlossen, die lediglich den drängendsten Problemen wie zum Beispiel der Anschlussförderung für 20 Jahre alte EEG-Anlagen entsprach. Experten und Verbände sind sich einig, dass die in der EEG-Novelle festgesetzten Ausbauziele nicht einmal geeignet sind, die von der Bundesregierung beschlossenen 65 Prozent erneuerbare Energien bis 2030 zu erreichen.

Der DNR war mit seinen Mitgliedern und Akteuren aus den Erneuerbaren-Energien-Verbänden, den Gewerkschaften und der Wissenschaft im engen Austausch und koordinierte zahlreiche Stellungnahmen und gemeinsame Briefe.

## KONJUNKTURPROGRAMME INFOLGE DER CORONA-PANDEMIE

Wegen des drastischen Einbruchs der Wirtschaftsleistung infolge des Corona-Lockdowns stellten die Regierungen in Bund und Ländern milliardenschwere Konjunkturlösungen bereit. Solche Programme waren in der Vergangenheit oft nicht mit den langfristigen Zielen des Klimaschutzes und der Biodiversität verknüpft und standen ihnen häufig fundamental entgegen. Ziel musste daher sein, die Corona-Konjunkturprogramme frühzeitig mit dem Klimaschutz zu verzahnen. Der DNR koordinierte gemeinsame Forderungen der Umweltverbände in einer eigenen Arbeitsgruppe auf Arbeits- und Geschäftsführungsebene und vertrat die Interessen der Mitglieder in diversen Strategierunden, in denen sich ganz unterschiedliche gesellschaftliche Akteure um ein nachhaltiges Konjunkturprogramm bemühten. Im Mai 2020 wurde ein gemeinsames Forderungspapier der Umweltverbände veröffentlicht und in einer Pressekonferenz von Spitzenvertreter\*innen der Verbände vorgestellt.

## GAS UND WASSERSTOFF

Die Gasindustrie versucht, Gas als klimafreundlichen Energieträger der Zukunft zu etablieren. Für die Umweltverbände ist jedoch klar, dass fossiles Gas keinen Platz in einem dekarbonisierten Energiesystem haben kann und der Zubau neuer Gasinfrastruktur einen fossilen Lock-In verursachen würde. Der DNR begann deshalb im Jahr 2020, die Arbeit der Umweltverbände zum Thema Gas zu koordinieren und gemeinsame Positionen zu formulieren, um die anstehende Debatte proaktiv zu gestalten.

Um das Thema Wasserstoff ist im Jahr 2020 ein regelrechter Hype entstanden. Die Gasindustrie hat in der Produktion von Wasserstoff eine Möglichkeit zur Verlängerung ihres fossilen Geschäftsmodells erblickt. Der DNR koordinierte die Arbeit der Umweltverbände zum Thema Wasserstoff, um ein Gegengewicht zur Gaslobby und zu den Forderungen nach dem breiten Einsatz des Energieträgers zu schaffen. Dabei suchen wir den Schulterschluss mit Akteuren jenseits der Umweltverbände, um Allianzen gegen den Lobbydruck der Industrie aufzubauen.

## VERKEHR

Im Herbst 2020 legte das BMU einen Entwurf für die Umsetzung des Verkehrsteils der Erneuerbare-Energien-Richtlinie II der EU (RED II) in nationales Recht vor. Der Entwurf wurde von der Automobil- und der Biokraftstoffindustrie sowie von Politikern der Union scharf attackiert. Kritisiert wurde

insbesondere der Fokus auf die Förderung von Elektromobilität, stattdessen solle synthetischen und biogenen Kraftstoffen im Verkehrsbereich eine größere Rolle zukommen. Dies lehnen die Umweltverbände ab. Der DNR koordinierte die Arbeit seiner Mitgliedsverbände, um ein qualifiziertes Gegenwicht zu den Stimmen aus der Industrie zu setzen.

Mit Blick auf die klimapolitische Verantwortung des Flugverkehrs hat sich der DNR darüber hinaus zusammen mit den Mitgliedern des AK Flugverkehr im DNR in verschiedenen Papieren für einen Ausbau des EU-Emissionshandels sowie eine Erhöhung der Luftverkehrsteuer anstelle des Offsetting-Systems CORSIA ausgesprochen.

## POSTWACHSTUM UND WIRTSCHAFTSWANDEL

Nach dem Ausscheiden der Referentin für Nachhaltigkeit und sozialen Wandel aus dem Team der DNR-Geschäftsstelle übernahm die Referentin für Umweltpolitik mit einem kleinen Teil ihrer Arbeitszeit die weitere Koordination des Netzwerks „Zivile Enquête für Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“. Dazu wurde zunächst ein Dialog mit aktiven Mitgliedern des Netzwerks geführt und zu einem Austausch in kleinem Rahmen zur Weiterentwicklung der Zivilen Enquête eingeladen.

## RESSOURCENWENDE

Schwerpunkte des laufenden Förderprojektes Ressourcenwende waren die Bündelung und Aufbereitung der Stellungnahmen und Diskussionspapiere zum Ressourcenbericht der Bundesregierung und die Überarbeitung der Website [www.ressourcenwende.net](http://www.ressourcenwende.net). Darüber hinaus setzte das Team die Akquise von insgesamt 26 Blogbeiträgen fort (Themen: Ressourcengerechtigkeit, Umweltpolitik und Ressourcennutzung, Perspektiven auf die Ressourcennutzung). Ebenso konnte das Mapping zentraler Akteur\*innen vorangetrieben werden. Zudem gibt es monatliche Zusammenfassungen der ressourcenpolitischen Vorgänge im Deutschen Bundestag. Im Jahr 2020 wurden außerdem vier Newsletter verschickt, der vierteljährliche Rhythmus soll beibehalten werden.

Im September fand der zweite Workshop der Ressourcenwende statt. Mit besonderem Fokus auf Schnittstellen der zukünftigen transdisziplinären Zusammenarbeit und der thematischen Strukturierung der weiteren Netzwerkarbeit trafen sich 25 Mitglieder des Netzwerkes virtuell. Dabei wurden die Ergebnisse der zwei Arbeitsgruppen (AG Selbstverständnis und Themenfeldstrukturierung und AG Transdisziplinarität) vorgestellt. Im Rahmen der Veranstaltung haben sich zwei neue Arbeitsgruppen gebildet: AG Ressourcennutzung und Soziale Gerechtigkeit und AG Forderungen an Forschungspolitik.

## PLANUNGS- UND GENEHMIGUNGSBESCHLEUNIGUNG

Anlässlich der anhaltenden Debatte über den Abbau von Umweltstandards zur Beschleunigung von Infrastrukturvorhaben hat der DNR mit weiteren Verbänden konkrete Handlungsempfehlungen vorgelegt, wie Vorhaben ohne eine Beeinträchtigung der Umweltauflagen und des Rechtsschutzes schneller genehmigt werden können. Das Papier wurde im Rahmen einer parlamentarischen Veranstaltung im Bundestag vorgestellt und in Fachkreisen intensiv zur Kenntnis genommen. Gemeinsam mit sieben Umweltorganisationen wird darin festgestellt, dass eine Verbesserung des Planungsmanagements, eine Stärkung der personellen Ausstattung von Planungsbehörden sowie eine konsequente frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung mit Umweltprüfung entscheidend sind.

## NOVELLIERUNG DES GEMEINNÜTZIGKEITSRECHTS

Angesichts der anhaltenden Rechtsunsicherheiten im Bereich der Gemeinnützigkeit koordinierte der DNR ein öffentliches Statement von zwölf Dachverbänden und Netzwerken zur Änderung des Gemeinnützigkeitsrechts. Die Dachverbände fordern darin eine Klarstellung im Gesetz dahingehend, dass die eigenen gemeinnützigen Zwecke auch mit politischen Mitteln verfolgt werden und sich gemeinnützige Organisationen ausnahmsweise für andere als die eigenen gemeinnützigen Zwecke engagieren dürfen. So müsse es möglich sein, dass sich ein Umweltverband politisch für mehr Fahrradwege einsetzt und ein Sozialverband zu einer Klimaschutzdemonstration aufruft, ohne die eigene Gemeinnützigkeit zu gefährden. Mit der Novelle des Jahressteuergesetzes wurden Ende 2020 zumindest erste Nachbesserungen erreicht.



# IM FOKUS: EU-KOORDINATION



*„2020 gab es durch den European Green Deal eine echte Chance, den sozial-ökologischen Umbau Europas auf die politische Agenda zu heben und ihn als Leitschnur für den Weg aus der Corona-Krise zu etablieren. Die Anhebung des EU-Klimaziels für 2030 von 40 Prozent Treibhausgasreduktion gegenüber 1990 auf nunmehr mindestens 55 Prozent war dabei ein wichtiger Schritt, auch wenn er leider hinter den wissenschaftlichen Notwendigkeiten zurückbleibt. Dass im Dezember unter deutscher Corona-Ratspräsidentschaft diese Einigung gelang, ist auch ein Verdienst der Umweltverbände und des DNR.“*

– Bjela Vossen, Leiterin EU-Koordination



#### DAS VORHABEN IM INTERNET:

[www.dnr.de/eu-koordination](http://www.dnr.de/eu-koordination)



#### TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Bjela Vossen  
Antje Mensen  
Elena Hofmann  
Katrin Meyer  
Ann Wehmeyer  
Juliane Grüning

Die EU-Koordination bildet die Schnittstelle für die Umweltverbände zwischen Berlin und Brüssel. Mit Veranstaltungen, Veröffentlichungen und unserem EU-Umweltnewsletter versuchen wir, aktuelle umweltrelevante Themen aus dem europäischen Parlament nach Berlin zu holen und arbeiten dabei eng mit Brüsseler und nationalen Verbänden zusammen.

2020 gab es durch den Europäischen Green Deal eine echte Chance, den sozial-ökologischen Umbau Europas auf die politische Agenda zu heben. Die deutsche Ratspräsidentschaft hat im zweiten Halbjahr zudem einen kleinen Beitrag dazu geleistet, den Green Deal als Leitschnur für den Weg aus der Corona-Krise zu etablieren.

## EUROPÄISCHER GREEN DEAL

Mit dem Green Deal will die EU-Kommission unter Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die Transformation der EU und die Klimaneutralität Europas bis 2050 einläuten. Konkretisiert hat die EU-Kommission dies 2020 unter anderem durch das EU-Klimaschutzgesetz, die Biodiversitätsstrategie, einen Plan zur Anhebung der Klimaziele für das Jahr 2030, eine EU-Industriestrategie, einen Kreislaufwirtschaftsaktionsplan, die Strategie „Farm to Fork“ sowie das 8. Umweltaktionsprogramm. Der DNR hat dazu beigetragen, dass der Green Deal als Weg aus der Pandemie und für den notwendigen sozial-ökologischen Umbau Europas angesehen wird. Dies geschah durch die Mobilisierung der Verbände, einen Steckbrief und durch eine siebenteilige Verbändeforderungsreihe zum Green Deal.

## DEUTSCHE EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT

Durch die Koordination von Verbändeforderungen zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft (unterstützt von 45 Verbänden) und die enge Beteiligung in den europäischen Netzwerken konnten wir die Rolle des DNR als Informationsquelle und Focal Point für die deutschen und europäischen Umweltverbände weiter stärken. Durch einen regelmäßig aktualisierten Steckbrief, eine Unterseite auf der DNR-Homepage, eine Mailingliste zur deutschen Ratspräsidentschaft sowie verschiedene Vernetzungstreffen haben wir die Verbände informiert und koordiniert. Die umweltpolitische Bewertung der deutschen Ratspräsidentschaft durch den DNR erfolgte im Dezember.

## MEHRJÄHRIGER FINANZRAHMEN / GREEN EU RECOVERY

Der Mehrjährige Finanzrahmen der EU (MFR) legt für einen Zeitraum von sieben Jahren fest, wie viel Geld aus dem EU-Haushalt für welche Bereiche zur Verfügung steht, und beeinflusst damit stark nachgelagerte Reformen. Der DNR konnte seine Rolle als Koordinator für Gesprächstermine der Umweltverbände beim Finanzministerium und bei weiteren Ministerien festigen. Eine deutsch-französische NGO-Erklärung zum grünen Wiederaufbau nach der Corona-Krise verzahnte den

Green Deal mit den Konjunkturprogrammen, ein gemeinsamer Brief mit Gewerkschaften und Unternehmensorganisationen forderte vor dem entscheidenden EU-Gipfel einen solidarischen Green Recovery.

## KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK IN DER EU

Im Zentrum der europäischen Klimapolitik stand 2020 die Anhebung des EU-Klimaziels für 2030 von einer Treibhausgasreduktion um 40 Prozent im Vergleich zum Jahr 1990 auf nunmehr mindestens 55 Prozent. Dass im Dezember unter deutscher Ratspräsidentschaft angesichts der Corona-Krise und der daraus resultierenden wirtschaftlichen Unsicherheiten diese Einigung gelang, ist auch ein Verdienst der Umweltverbände und des DNR. Die Verbändeoordination in diesem Bereich bildete einen Schwerpunkt der Arbeit des DNR. So gelang es, die Stimmen abzuwehren, die während der ersten Corona-Welle eine Abkehr vom Green Deal und von einem höheren Klimaziel forderten, und das Narrativ eines Green Recovery prominent zu setzen. Im September schlug die Kommission mit einem Klimaziel von mindestens 55 Prozent für 2030 dann tatsächlich den höheren Wert ihrer im Green Deal vorgesehenen Zielspanne von 50 bis 55 Prozent vor, und dieser Kommissionsvorschlag wurde von den Staats- und Regierungschefinnen im Dezember verabschiedet. Dass dies möglich werden konnte, zeigt den Stellenwert, den das Thema Klimaschutz mittlerweile in der Gesellschaft besitzt. Leider setzte die Kommission ihre 55 Prozent auch mithilfe einer Neuberechnung durch, die die CO<sub>2</sub>-Bindung durch Senken direkt gegenrechnet und damit die Minderung rund zwei Prozentpunkte größer erscheinen lässt, als sie ist. Die vom DNR koordinierten Umweltverbände versuchten leider ohne Erfolg, dieses Problem in den öffentlichen Diskurs zu tragen und die Bundesregierung sowie deutsche EU-Abgeordnete für einen größeren Einsatz zu gewinnen.

Die Advocacy-Arbeit in diesem Bereich geschah über virtuelle Termine, Pressearbeit sowie Briefe an Bundesregierung, EU-Kommission und EU-Abgeordnete, stets im engen Austausch mit den deutschen und europäischen Verbänden. Einen Höhepunkt bildete die gemeinsame virtuelle Veranstaltung mit Germanwatch und der Europäischen Bewegung Deutschlands zum neuen EU-Klimaziel mit Artur Runge-Metzger von der Generaldirektion Klima sowie Vertreter\*innen von Wirtschaft und Think Tanks auf dem Podium mit rund 80 Teilnehmenden.

## FORMATE

Bis Ende 2020 überarbeitete der DNR das Nachschlagewerk „Brüsseler 1x1“ vollständig und ließ die neue Version drucken, denn durch das 2019 neu gewählte Europäische Parlament und durch die neu besetzte EU-Kommission sowie durch den Europäischen Green Deal hatten sich zahlreiche Änderungen ergeben.

Die Seite [www.umweltcheck-ep.de](http://www.umweltcheck-ep.de) wurde nach der Europawahl vollständig überarbeitet und 2020 aktualisiert. Die Seite ist nun auch für mobile Endgeräte geeignet und die EU-Abgeordneten sind über ihre Social-Media-Kanäle verlinkt.

Im Jahr 2020 wurden insgesamt 49 EU-Umweltnewsletters mit insgesamt 479 News verfasst und veröffentlicht und an über 3.800 Abonnent\*innen verschickt. Einzelne News wurden über 1.000 Mal gelesen. In den 13 Rubriken Abfall, Chemie und Nanotechnologie, Emissionen, Klima und Energie, Landwirtschaft und Gentechnik, Naturschutz und Biodiversität, Politik und Recht, Tierschutz, Verbraucherschutz, Verkehr und Tourismus, Wasser und Meere, Wirtschaft und Ressourcen, Service und Termine wird über aktuelle politische Entwicklungen informiert. Der wöchentliche Newsletter kann auf der DNR-Homepage abonniert werden. Die informativen Steckbriefe und Factsheets zu verschiedenen EU-politischen Umwelt- und Klimathemen werden über den Newsletter beworben.

Der Twitter-Account der EU-Koordination des DNR (@DNR\_EUnews) hat 2020 seine Reichweite gesteigert. Die Anzahl der Follower\*innen stieg auf 712 (Ende 2019: knapp 600).



DNR-Verbandesgespräch mit EU-Umweltkommissar Virginijus Sinkevičius

IM FOKUS:

# KOMMUNIKATION UND PRESSESTELLE



*„Selten haben wir uns trotz räumlicher Entfernung so verbunden gefühlt mit unseren kleinen und großen Mitgliedsverbänden, die – wie wir selbst auch – im Pandemiejahr 2020 vor neue Herausforderungen gestellt waren. Auf der Internetseite und über andere Kanäle haben wir corona-bezogene und verbandstaugliche Informationen zusammengestellt sowie Botschaften an die Politik gebündelt. Auch sonst war viel los: 89 Pressemitteilungen, 35 thematische Positionierungen, 49 EU-Umweltnewsletters, ein neu gestalteter und offen konzipierter DNR-Newsletter, regelmäßiges Zwitschern über Twitter – und trotz der Arbeit im Home Office stete Erreichbarkeit für die interne und externe Öffentlichkeitsarbeit. Es war ein unvergesslich anstrengendes, aber erfolgreiches Jahr.“*

– Das DNR-Kommunikationsteam



**DAS VORHABEN IM INTERNET:**

[www.dnr.de](http://www.dnr.de)



**TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:**

Nina Slattery (bis 01/20)

Thorsten Greb (ab 04/20)

Marion Busch

Juliane Grüning

Ann Wehmeyer

Konstantin Hartwig

# ALLGEMEINE PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

2020 war aus Sicht der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ein sehr erfolgreiches Jahr, gemessen an dem Ziel, den DNR sowohl für Politik, Medien, Fachöffentlichkeit und Zivilgesellschaft als auch für seine Mitgliedsorganisationen als verlässlichen und kompetenten Akteur und Ansprechpartner sichtbar zu machen. Die Veröffentlichung von insgesamt 89 Pressemitteilungen und -statements, 35 Positionspapieren und eine intensive Nutzung des Kurznachrichtendienstes Twitter unterstreichen diese Entwicklung. Insgesamt war das Jahr 2020 für das Kommunikationsteam ein Jahr der Professionalisierung und strategischen Neuausrichtung. Ein neues Kommunikationskonzept, das durch das Team erarbeitet und im August durch das DNR-Präsidium beschlossen wurde, bildet seither die Arbeitsgrundlage für die tägliche Presse- und Kommunikationsarbeit und ist zudem Richtschnur für neue Kommunikationsformate, die im Jahr 2020 entwickelt wurden. Außerdem konnten durch die Erweiterung und Spezialisierung der Presseverteiler neue Journalist\*innen als Kontakte gewonnen und die Sichtbarkeit des DNR in den Medien und in der Fachpresse konnte verbessert werden.

## WEBSITE

In der zweiten Jahreshälfte startete das Kommunikationsteam den Relaunch der DNR-Website. Mit einer neuen Kreativagentur an der Seite begann die Konzipierung. Die technisch und optisch rundum erneuerte Website wird 2021 online gehen.

Zu Beginn der Corona-Pandemie im April 2020 erstellte das Team ein Dossier als Serviceleistung für die DNR-Mitgliedsorganisationen. Wichtige Informationen über Finanzhilfen, Auswirkungen auf die Vereinsarbeit sowie Praxistipps für Homeoffice und virtuelle Meetings sind dort zusammengetragen. 2020 markierte außerdem das Jubiläum „70 Jahre Deutscher Naturschutzring“. Zu diesem Anlass fingen wir Momentaufnahmen, Stimmen von Weggefähr\*innen und die Etappen des DNR ein und bündelten alle Informationen auf einer eigenen Unterseite.

Der DNR erstellte zudem eine Unterseite „Movum-Archiv“, auf der sämtliche Ausgaben des Debattenmagazins aufgelistet und zum Download bereitgestellt sind. Mit der Öffnung des DNR-Newsletters für die breite Öffentlichkeit im Herbst wurde überdies eine weitere Unterseite „Aktuelles“ eingerichtet, auf der die Artikel und Interviews für die monatlichen Themenschwerpunkte sowie die allgemeinen Meldungen zusammenlaufen.

Eine weitere Unterseite in Form eines Themendossiers wurde benötigt für die Darstellung der Verbändeforderungen zum European Green Deal, die im vierten Quartal 2020 schrittweise veröffentlicht wurden. Ansonsten hielt die laufende Pflege, zum Beispiel Termine, neue Mitglieder und die Teamseite, die Kommunikationsstelle auf Trab.

Über 100.000 Besuche waren im Jahr 2020 auf der Webseite [www.dnr.de](http://www.dnr.de) zu verzeichnen. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ist dies eine Steigerung um etwa 170 Prozent, das heißt dreimal mehr Besuche als 2019. Ein Drittel sind wiederkehrende Besucher\*innen. Naturgemäß erfolgt der

Zugriff der meisten Nutzer\*innen aus Deutschland (87,3 Prozent), Österreich (2,3 Prozent) und der Schweiz (1,1 Prozent), die meisten lesen zwischen 8 und 18 Uhr. Die häufigste Einstiegsseite ist die Unterseite der EU-Koordination (46.487 Besuche), hier besonders die EU-Umweltnews (38.469).

## TWITTER

Der Kurznachrichtendienst hat sich als zusätzlicher Kommunikationskanal etabliert. Die vier Accounts [@naturschutzring](#), [@dnr\\_biodiv](#), [@dnr\\_decarb](#) und [@DNR\\_EUnews](#) wurden kontinuierlich von der Kommunikationsabteilung und den Koordinator\*innen und Referent\*innen bespielt. Dabei stieg die Anzahl der Follower, der Seitenimpressionen, Seiteninteraktionen und Erwähnungen des DNR-Twitterhauptaccounts stetig an. Während der Hauptaccount [@naturschutzring](#) vor allem die Pressemeldungen postet und die Arbeit der Mitglieder durch „liken“ und „retweeten“ unterstützt, gehen die Fachaccounts verstärkt in die Einzelthemen hinein. Viele Tweets werden von den Mitgliedsverbänden, aber auch von Organisationen und Personen außerhalb unserer Mitgliedschaft weiterverbreitet, so dass die DNR-Arbeit über diesen Kanal in der Verbändelandschaft und darüber hinaus immer stärker wahrgenommen wird.

## DNR-NEWSLETTER (EHEMALS MITTWOCHSPOST)

Der inhaltliche Zuschnitt des Newsletters wurde geändert. Er erscheint nun monatlich, umfasst seit November 2020 einen Themenschwerpunkt (Endlagersuche in Deutschland, Klimajahr 2020) und Aktuell-Meldungen. Hinweise auf Publikationen und Veranstaltungen wurden beibehalten. Im Juli 2020 wurde der Newsletter außerdem für die gesamte Öffentlichkeit bereitgestellt, jede interessierte Person kann ihn seither abonnieren. Auf technischer Ebene erfolgte die Umstellung des Versandsystems von Rapidmail auf die Adressdatenbank CiviCRM. 2020 erschienen insgesamt 22 Newsletter, die Abonnementzahlen haben sich nach der Öffnung verdoppelt.

## IM FOKUS

# VERNETZUNG UND VERBANDSARBEIT



*„Für einen Dachverband wie den DNR ist die verbandspolitische Vernetzung und Einbeziehung der Mitglieder in laufende Prozesse von entscheidender Bedeutung. Der DNR hat sich zum Ziel gesetzt, den fachlichen Austausch und die Positionierung zu wichtigen Themen transparenter und effizienter zu gestalten. Damit verbunden ist die Herausforderung, möglichst alle mitzunehmen, aber dennoch schnell und pointiert zu reagieren. Dies soll durch elektronische Medien, regelmäßige Fachrunden und kurzfristige Beteiligungsmöglichkeiten erreicht werden. Mit dem Sachverstand aller Interessierten und der Bereitschaft, sich konstruktiv und lösungsorientiert in die Abstimmungsprozesse einzubringen, kann der DNR in seiner vielfältigen Breite einen großen Mehrwert in den politischen Debatten für mehr Tier-, Natur- und Umweltschutz erbringen.“*

– Florian Schöne, Politischer Geschäftsführer



### DAS VORHABEN IM INTERNET:

[www.dnr.de](http://www.dnr.de)



### TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Karen Thormeyer (bis 04/20)

Sandra Schmidt (ab 10/20)

Florian Schöne

Maria Bossmann

Anna Geuchen

## CORONA-HILFSSMASSNAHMEN

Die Corona-Krise stellte die Mitgliedsorganisationen des DNR vor bislang ungeahnte Herausforderungen. Aus den behördlichen Auflagen ergaben sich tiefgreifende Veränderungen und Einschränkungen für die tägliche Vereins-, Stiftungs- und Verbandsarbeit. Zudem bedeuteten die finanziellen Einbußen durch den Rückgang beziehungsweise das Ausbleiben von Mitgliedsbeiträgen, Spenden, wirtschaftlichen Einnahmen und Fördermitteln einen herben Einschnitt und können folglich die Existenz bedrohen.

In seiner Rolle als Dachverband hat der DNR den Bedarf und die akuten Schwierigkeiten seiner Mitgliedsorganisationen abgefragt und danach konkrete Hilfestellungen und Tipps zusammengestellt, wo und wie finanzielle Hilfen beantragt und in Anspruch genommen werden können. Ferner wurden Informationen aufbereitet, welche vereinsrechtlichen Auswirkungen und Veränderungen die Corona-Krise mit sich bringt.

## BÜNDNIS FÜR GEMEINNÜTZIGKEIT (BFG)

Das Bündnis für Gemeinnützigkeit ist ein Zusammenschluss von großen Dachverbänden und unabhängigen Organisationen sowie von Wissenschaftler\*innen. Ziel ist es, Identität, Gewicht, Außenwirksamkeit und Aktionsfähigkeit der Zivilgesellschaft gegenüber Politik und Verwaltung zu stärken. Die Hauptthemen der im Januar durchgeführten Klausur waren rechtspolitische Fragen (Neuerungen im Gemeinnützigkeitsrecht, die Stiftungsrechtsreform sowie die Entwicklung im Umsatzsteuerrecht), die Entwicklung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) sowie das Transparenzregister. Eine Trägerkreissitzung fand im September statt, in der erneut die DSEE und die Gemeinnützigkeitsrechtsreform im Fokus standen.

## KURS Z

Der Kurs Z (vormals Zukunftspiloten) ist ein Weiterbildungsprogramm für junge Umweltengagierte. Ideeller Träger ist der DNR in Kooperation mit der Bewegungsakademie. Seit 2018 wird der Kurs vom DNR bezuschusst. Hinzu kommen Spenden Ehemaliger. Die Seminare, Webinare und weiteren Lernressourcen spannten ab Mitte 2020 für die Dauer von neun Monaten einen weiten Bogen von Moderation und Arbeiten im Team über strategische Kampagnen- und Projektplanung bis hin zu Kommunikation, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und Change Management. Darüber hinaus bot der Kurs einen einzigartigen Zugang in das Netzwerk von Umweltaktiven in Initiativen, Verbänden und der Politik.

## VERNETZUNG VON EXPERTINNEN AUS DEN MITGLIEDSVERBÄNDEN

Der DNR hat sich laut Satzung unter anderem auch zur Geschlechtergerechtigkeit verpflichtet und war in den vergangenen Jahren mit einzelnen Projekten immer wieder in diesem Bereich engagiert. Denn mit rund 70 Prozent Frauenanteil unter den Beschäftigten ist die Arbeit der Umweltverbände maßgeblich vom haupt- und ehrenamtlichen Engagement weiblicher Akteurinnen geprägt. Diese deutliche Mehrheit auf der Arbeitsebene findet sich jedoch nicht in Führungspositionen wieder: Nur 30 Prozent der Stellen werden dort von Frauen besetzt.

Der DNR koordinierte regelmäßig Vernetzungstreffen von Frauen in Führungspositionen der Mitgliedsverbände mit dem Ziel, ein breites Netzwerk von Expertinnen zur Förderung vor allem jünger umweltengagierter Frauen für zukünftige Führungspositionen aufzubauen. Im Herbst begannen die Planungen für eine Frauenvernetzungskonferenz für Februar 2021, perspektivisch soll das Netzwerk vor allem durch digitale Angebote zu umweltpolitischen Fachthemen, Gender-Aspekten und beruflicher Weiterentwicklung stattfinden.



# DNR-TRÄGERSCHAFT: ZIVILGESELLSCHAFT- LICHE PLATTFORM FORSCHUNGSWENDE



*„Die COVID-19-Pandemie hat uns allen die große Bedeutung von Wissenschaft und Forschung für die Lösung der globalen Herausforderungen erneut vor Augen geführt. Es braucht eine Politik, die zukunftsfähige Innovationen fördert und sich an den gesellschaftlichen (Forschungs-)Bedarfen orientiert. Um die sozial-ökologische Transformation zu bewerkstelligen, ist ein breiter Kulturwandel im Forschungs- und Innovationssystem erforderlich. Für dieses Ziel setzen sich die Mitglieder und Partner der Plattform Forschungswende ein.“*

– Martin Burwitz, Leiter der Koordinierungsstelle der Plattform  
Forschungswende



#### DAS VORHABEN IM INTERNET:

[www.forschungswende.de](http://www.forschungswende.de)



#### TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

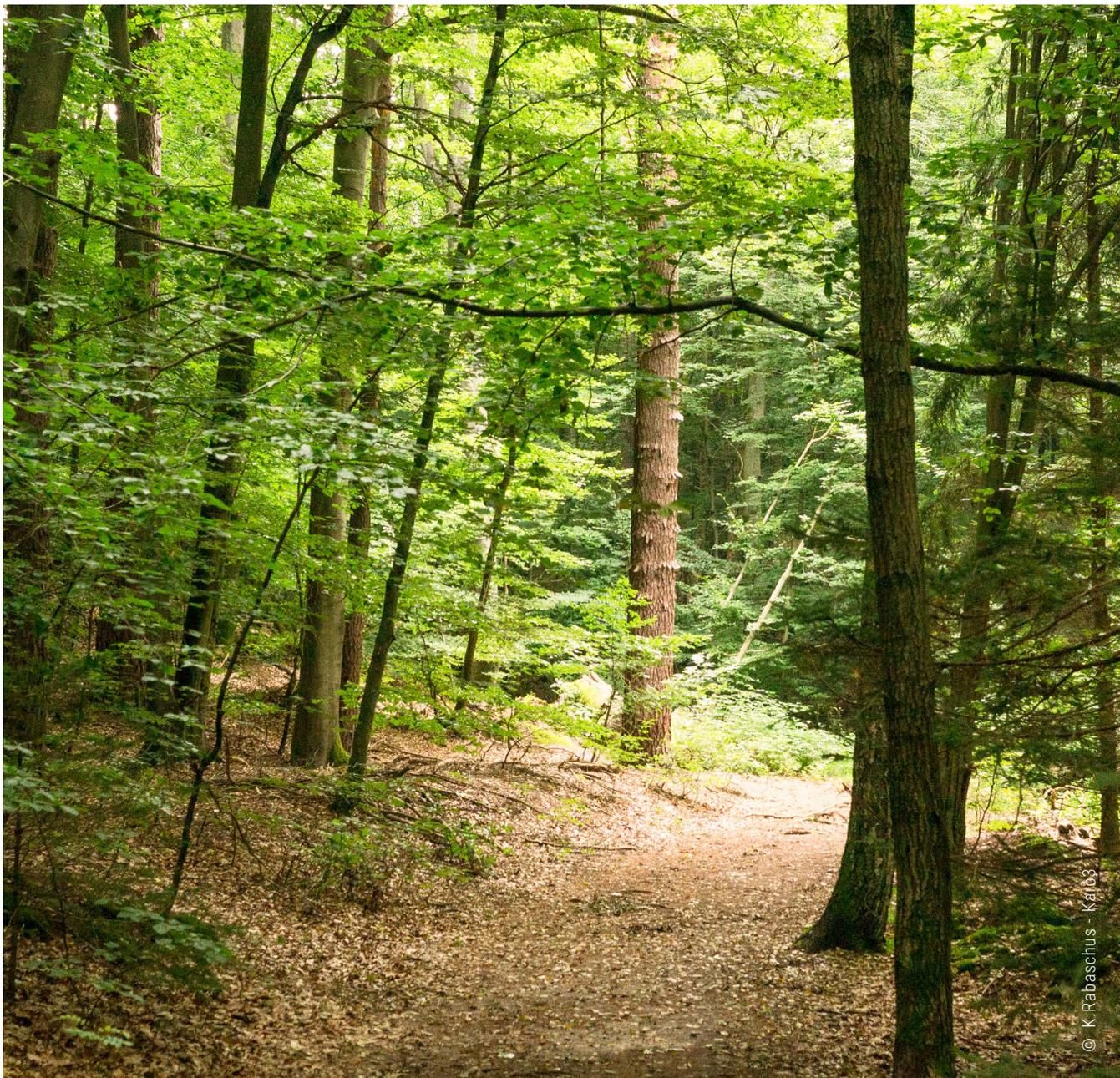
Martin Burwitz  
Jahn Harrison

Zum Team der Plattform Forschungswende gehören weitere Mitarbeiter\*innen in Projekten der FW, die sich in Trägerschaft von Mitglieds- und Partnerorganisationen von FW befinden.

Seit Mai 2020 ist der DNR Rechtsträger der Plattform Forschungswende (davor beteiligtes Mitglied). Sie ist ein vielfältiges Netzwerk aus Umwelt- und Sozialverbänden sowie nachhaltigkeitsorientierten wissenschaftlichen Einrichtungen.

Die Plattform Forschungswende (FW) unterstützt Organisationen der Zivilgesellschaft, um die Forschungs- und Innovationspolitik mitzugestalten. Eine Aufgabe ist es, die Diskussion von Themen und Schwerpunkten der Forschungs- und Innovationspolitik in der Zivilgesellschaft zu befördern. Die Plattform begleitet die Forschungs- und Innovationspolitik aus einer transdisziplinären Perspektive und arbeitet als Praxispartner in transdisziplinären Forschungsprojekten mit.

Die Mitglieder der FW haben sich 2020 dafür ausgesprochen, die Arbeit der Plattform im Jahr 2021 größtenteils ruhen zu lassen und im vierten Quartal strategisch zu diskutieren, wie es weitergehen soll. Die Mitgliedsbeiträge wurden auf ein Minimum reduziert, um insbesondere die Website und die technische Infrastruktur aufrechtzuerhalten. Die Mitarbeiter\*innen der FW konnten durch Drittmittelprojekte bei Mitglieds- und Partnerorganisationen der FW gehalten werden.



# DNR-TRÄGERSCHAFT: FORUM UMWELT UND ENTWICKLUNG



*„Die größte Schwäche aller bisherigen Nachhaltigkeitsstrategien ist, dass für viele Ressorts daraus keine Konsequenzen für eine tatsächliche Politikänderung gezogen werden. In zentralen Problemfeldern wie Landwirtschaft, Verkehr und Wirtschafts- und Finanzpolitik müssen wir endlich eine Dekade des Handelns durchsetzen. Ansonsten wird das Grundproblem der Nachhaltigkeitspolitik auch in Zukunft lauten: zu viel Ankündigung, zu wenig Umsetzung.“*

– Jürgen Maier, Geschäftsführer



#### DAS VORHABEN IM INTERNET:

[www.forumue.de](http://www.forumue.de)



#### TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Jürgen Maier	Tom Kurz
Marie-Luise Abshagen	László Maráz
Ramona Bruck	Wolfgang Obenland
Anne Bundschuh	Elisabeth Staudt
Nelly Grotefeldt	Riejana Abo Ward
Josephine Koch	

Das Forum Umwelt und Entwicklung (FUE oder kurz Forum), gegründet 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio, hat 44 Mitgliedsorganisationen und koordiniert die Arbeit deutscher Nichtregierungsorganisationen an der Schnittstelle von Umwelt und Entwicklung sowie Nachhaltigkeit. Dafür gibt es acht Arbeitsgruppen und verschiedene Projektinitiativen. Beim FUE sind ebenfalls die Kampagne „Meine Landwirtschaft“ und das Netzwerk Gerechter Welthandel angesiedelt. Der Deutsche Naturschutzring e.V. ist Rechtsträger des Forums.

Dreimal im Jahr erscheint der Rundbrief des FUE. Das Redaktionsteam befand sich in den ersten Monaten des Jahres 2020 im Prozess einer Neuauflage, so dass der erste Rundbrief 2020 mit dem Thema „Vermarktete Meere: Wer verdient an der Zerstörung der Ozeane?“ im neuen Design erschien. Es folgten die Ausgaben „Autokorrektur – eine Schlüsselbranche hat sich verfahren“ sowie „No New Normal | Die Welt probt den Ausnahmezustand“.

## AGENDA 2030

**Zuständig in der Geschäftsstelle (2020): Marie-Luise Abshagen und Elisabeth Staudt (bis 10/20)**

Im September 2015 beschlossen die UN-Mitgliedsstaaten die Agenda 2030. Diese umfasst u.a. die Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs). Begleitet wird die Umsetzung der Agenda von einer Überprüfungsstruktur auf UN-Ebene im Rahmen des High Level Political Forum (HLPF). Einer der wesentlichen Umsetzungsprozesse der Agenda 2030 in Deutschland ist die 2017 neu aufgelegte Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (DNS), in der eine Reihe von Maßnahmen und Indikatoren für die Umsetzung der SDG in Deutschland definiert wurde.

### Internationale Nachhaltigkeitspolitik

Das HLPF 2020 tagte vom 7. bis zum 16. Juli 2020 in virtueller Form. Beim HLPF beteiligte sich das Forum an der Konzeption und Organisation des internationalen zivilgesellschaftlichen Side Event „CSO coalitions' role in the Decade of Action after Covid-19“ am 7. Juli. Des Weiteren verfasste das FUE einen Newsletter für eine breite Nachhaltigkeitscommunity zum HLPF sowie einen „HLPF 2020 Guide“ mit den wichtigsten Informationen. Das virtuelle HLPF ließ eine Teilnahme an unterschiedlichen Veranstaltungen zu, wobei die Qualität der Diskussion sehr große Unterschiede aufwies. Das FUE erarbeitete im Jahr 2020 Kernforderungen für die SDG-Aktionsdekade 2020-2030.

Die Bundesregierung veröffentlichte zudem eine angefügte englische Kurzfassung der offiziellen deutschen Stellungnahme zum HLPF 2020. Am 2. November 2020 fand die virtuelle nationale HLPF-Konferenz statt, auf der Marie-Luise Abshagen unter anderem die Kernforderungen des FUE zur Aktionsdekade für nachhaltige Entwicklung vorstellte.

Das Forum beteiligt sich intensiv am zivilgesellschaftlichen Netzwerk SDG Watch Europe (SDG WE), das sich regelmäßig zur Diskussion dieser Aspekte trifft. Marie-Luise Abshagen ist Teil der Steering Group von SDG Watch Europe. Die jährliche Generalversammlung von SDG WE am 19. Februar 2020 setzte die Schwerpunkte des Austauschs mit den Mitgliedern von SDG WE auf

die politische Lobbyarbeit von Kommission und Europäischem Parlament (EP) sowie die Öffentlichkeitsarbeit. Zuvor hatte es ein Auftakttreffen für eine neue Zusammenarbeit zwischen dem EP und SDG WE unter dem Titel MEPs4SDGs im EP gegeben. SDG WE veröffentlichte zudem eine Bewertung des Eurostat SDG Monitoring Reports 2020, an der auch das Forum mitwirkte.

Das FUE engagierte sich zudem 2020 auf europäischer Ebene insbesondere im Zuge der Verhandlungen für eine Green Recovery. SDG WE veröffentlichte bereits Anfang März ein Statement zum Krisenmanagement der EU und der Mitgliedsstaaten. Im Anschluss übernahm das Forum die Leitung einer Arbeitsgruppe, in der in einem umfangreichen Prozess zehn Kernforderungen für eine „Green and Inclusive Recovery“ formuliert wurden, die von Bedingungen für Rettungspakete an Unternehmen, über Demokratisierung hin zur Beteiligung der Zivilgesellschaft reichen. Die Stellungnahme wurde im Zuge einer Social-Media-Kampagne zum Treffen des Europäischen Rats am 19. Juni 2020 veröffentlicht und erneut zum Treffen des Europäischen Rats am 17. Juli 2020 an alle Staats- und Regierungschefs in Europa verschickt. Das FUE moderierte zudem einen zivilgesellschaftlichen Austausch zu den Auswirkungen der Pandemie und Möglichkeiten der Nachhaltigkeitspolitik als Antwort auf die Krise im Rahmen einer virtuellen Veranstaltung von SDG WE im Herbst 2020. Schließlich veröffentlichte die EU-Kommission Ende 2020 ein Arbeitspapier zu den SDGs, auf das SDG WE mit einer kritischen Bewertung reagierte, die maßgeblich vom FUE konzipiert wurde.

## Nationale Nachhaltigkeitspolitik

Das Forum Umwelt und Entwicklung ist Mitglied einer 2018 eingerichteten Dialoggruppe zum Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung, die regelmäßig vor den Sitzungen der Staatssekretäre zusammenkommt. Die Dialoggruppe tagte 2020 mehrmals. Wegen der Pandemie-maßnahmen wurden einige Sitzungen abgesagt oder fanden nur in digitaler Form statt.

Wegen der Pandemie wurden außerdem die Überarbeitung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS), die Konsultation mit der Zivilgesellschaft und das vom Kanzleramt alljährlich organisierte Forum Nachhaltigkeit vom Sommer auf den Herbst verschoben. Das FUE veröffentlichte im April ein Policy Briefing zur DNS, das deren Überarbeitung einfach erklärt. Das Netzwerk Agenda 2030, an dem sich auch das FUE beteiligt, veröffentlichte im April 2020 eine gemeinsame Stellungnahme zur Überarbeitung der DNS. Im Herbst 2020 lag der Arbeitsschwerpunkt auf der Erarbeitung einer Stellungnahme des Forums zum Entwurf der überarbeiteten DNS. Am 29. September 2020 veranstaltete das FUE dazu einen Austausch mit Verbänden. Das Forum reichte die Stellungnahme Ende Oktober ein und bewertet die Nachhaltigkeitsstrategie darin sehr kritisch. Es machte zahlreiche Vorschläge zur Überarbeitung, wobei es auch die Strategie grundsätzlich als richtiges Werkzeug für die Umsetzung der SDGs in Frage stellte. Die Veröffentlichung des Entwurfs selbst kommentierte das FUE zudem in einem Pressestatement.

Der Schattenbericht/machbar-Bericht zu Nachhaltigkeit und Digitalisierung wurde im September 2020 veröffentlicht. Das FUE hatte sich an der inhaltlichen Konzeption und Ausgestaltung sowie dem Lektorat des Berichts beteiligt. Es veröffentlichte darüber hinaus ebenso wie alle anderen Mitherausgebenden eine Kurzstellungnahme im Bericht.

# HANDELSPOLITIK & WELTWIRTSCHAFT

**Zuständig in der Geschäftsstelle: Nelly Grotefendt**

Das Forum begleitete im Jahr 2020 insbesondere die Arbeitsprozesse der AG Handel, des Seattle to Brussels Network (S2B), des Netzwerks Gerechter Welthandel, der Initiative „Konzernmacht beschränken“ sowie des Bündnisses „Fair übers Meer“. Themenschwerpunkte blieben dabei Handels- und Investitionspolitik sowie Wettbewerbspolitik. Vorherrschende Themen waren Handel und Klima sowie Handel und Gesundheit.

## S2B & Netzwerk Gerechter Welthandel

Zu Beginn des Jahres wurde die Kampagne und Petition „Menschenrechte schützen – Konzernklagen stoppen“ erfolgreich zu Ende gebracht, die unter dem Dach des S2B koordiniert und von den nationalen Bündnissen der Mitgliedsstaaten getragen wurde.

Im Rahmen der Arbeit zum EU-Mercosur-Abkommen unterstützte das FUE die Koordinationsarbeit auf EU- und deutscher Ebene. Es wurden zudem Schwerpunktpublikationen veröffentlicht. Die Arbeit zum Energiecharta-Vertrag konzentrierte sich insbesondere in der zweiten Jahreshälfte auf die Vorbereitung einer EU-weiten Petition gegen das Vertragswerk und die zugehörigen Reformbemühungen. Zudem wurde eine Schwerpunktpublikation zu den im April 2020 abgeschlossenen Verhandlungen zwischen der EU und Mexiko erarbeitet, die 2021 zusammen mit einem Podcast und einer Webinarserie erscheint. Im Rahmen von S2B wurden zudem der Expert\*innenaustausch zum Thema EU-China sowie das Jahrestreffen von S2B unterstützt.

Darüber hinaus treibt das FUE die Arbeit zu solidarischer Regionalisierung im Rahmen der Debatten zu handelspolitischen Alternativen voran.

## Initiative „Konzernmacht beschränken“

Den Anstoß für einen neuen Arbeitsprozess für die Initiative „Konzernmacht beschränken“ gab das FUE in der zweiten Jahreshälfte und organisierte in der Folge eine Serie an Arbeitstreffen. Die Initiative trieb die Arbeit zum Thema Konzernmacht weiter voran, zunächst in Form von Vernetzungstreffen mit anderen Netzwerken, dann auch in Form eines eigenständigen Arbeitsprozesses zum Thema Entflechtung. Dabei soll sich die Debatte rund um die Entflechtung in der Öffentlichkeit weiter etablieren.

# FAIR ÜBERS MEER

**Zuständig in der Geschäftsstelle: Nelly Grotefendt und Marie-Luise Abshagen**

Das Bündnis „Fair übers Meer“ hat vor der Sommerpause 2020 ein Statement zur aktuellen Lage der Seeleute während der Pandemie veröffentlicht. Begleitet von einer Pressemitteilung und Social-Media-Aktivitäten konnten die Forderungen u.a. in der „Welt“ und im „Handelsblatt“ platziert

werden. Die Geschäftsstelle koordiniert die Treffen des Bündnisses weiterhin maßgeblich, es fanden regelmäßige Treffen statt und die Geschäftsstelle arbeitete an verschiedenen Lobbyaktivitäten mit für Maritimes zuständigen Ansprechpartnern\*innen der Bundesregierung und der Fraktionen.

## NETZWERK GERECHTER WELTHANDEL

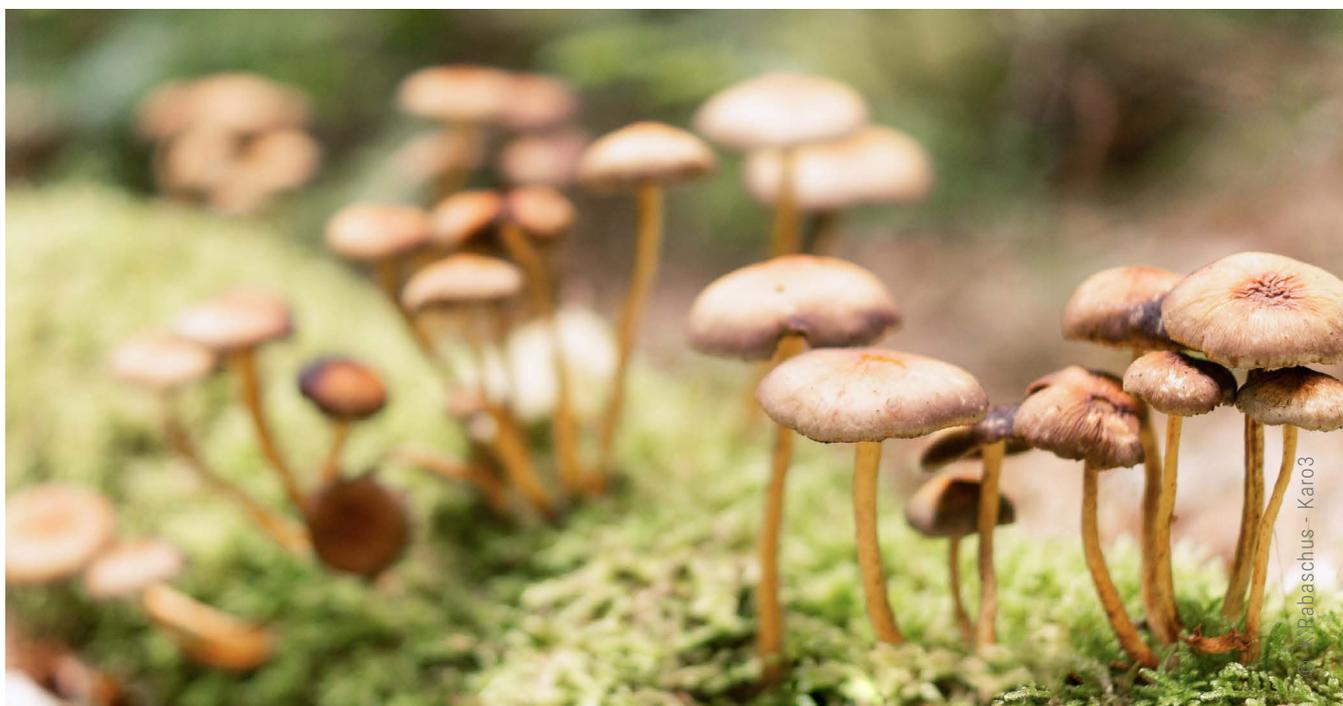
**Zuständig in der Geschäftsstelle: Anne Bundschuh**

Das Netzwerk Gerechter Welthandel ist das Nachfolgebündnis der diversen Bündnisse gegen TTIP mit aktuell 56 Mitgliedsorganisationen. Die Koordinationsstelle ist beim FUE angesiedelt. Neben regelmäßigen Netzwerktreffen, Telefonkonferenzen, Fachgesprächen und Webinaren fanden der globale Aktionstag gegen den Konzern Chevron und der bundesweite dezentrale Aktionstag statt.

Die wichtigsten inhaltlichen Schwerpunkte des Netzwerks Gerechter Welthandel im Jahr 2020 waren das Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen EU-Kanada (CETA) sowie das EU-Mercosur-Abkommen.

Im Januar wurde zunächst die Kampagne „Menschenrechte schützen – Konzernklagen stoppen!“ abgeschlossen, es wurden über 800.000 Unterschriften an das Bundeswirtschaftsministerium übergeben. Außerdem fand während des „Handelsblatt Energy Summit“ in Berlin eine Übergabe des Negativpreises „Goldene Klobürste“ an Vattenfall und Uniper statt.

Unter dem Motto „Zeit zum Umdenken: EU-Mercosur-Abkommen stoppen!“ appellierten im Juni 2020 über 70 Organisationen aus den Bereichen Umweltschutz, Landwirtschaft, Menschenrechte, Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe an die Bundesregierung, die Arbeit an dem aktuellen Handelsabkommen der EU mit dem Mercosur zu stoppen. Der Aufruf und die dazugehörige Aktion vor dem Bundeskanzleramt wurden von mehreren Medien in die Berichterstattung aufgenommen.



Im zweiten Halbjahr fanden wegen der anhaltenden Corona-Pandemie und der stockenden Ratifizierung des EU-Mercosur-Abkommens – die als Erfolg der breiten Proteste gewertet werden kann – keine größeren öffentlichen Aktivitäten statt. Das Netzwerk Gerechter Welthandel war in verschiedene Prozesse involviert, unter anderem in die Vorbereitung und Verbreitung einer Gemeindeforderung zum EU-Mercosur-Abkommen, die im Oktober vom Klima-Bündnis verabschiedet wurde. Außerdem begleitete es die Verhandlung des Bundesverfassungsgerichts zur CETA-Organiklage der Linksfraktion im Oktober mit Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, unterstützte die Aktivitäten des baden-württembergischen Netzwerks vor den Landtagswahlen 2021 und unternahm erste Lobbyaktivitäten zur Bundestagswahl 2021.

## DIALOGPLATTFORM WALD

**Zuständig in der Geschäftsstelle: László Maráz**

Wegen der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie wurde die Planung im Waldprojekt dahingehend geändert, dass statt des ursprünglich vorgesehenen Präsenzworkshops insgesamt sechs Videokonferenzen mit 25 bis über 40 Teilnehmer\*innen stattfanden. Hervorzuheben ist, dass dank der vereinfachten Teilnahme (kaum Zeitaufwand oder Reisekosten) viele NGO-Mitglieder dabei sein konnten, die sonst nur schwerlich an zentralen Veranstaltungen teilnehmen können. Die Dialoge fanden zum größten Teil ohne Akteure der Forst- und Holzwirtschaft statt, da das Hauptanliegen, unsere Aktiven mit guten Informationen zu versorgen, ganz im Vordergrund stand und angesichts einer auf zwei Stunden begrenzten Videokonferenz keine Zeit für etwaige hitzige Debatten vorhanden war.

Das Thema Klimaschutz und Kohlenstoffspeicherung im Wald und in Holzprodukten blieb das dominierende Thema der Forstpolitik und wird uns noch eine Zeitlang beschäftigen. Angesichts der Subventionierung forstlicher Maßnahmen unter dem Titel Klimaschutz und „klimastabile Wälder“ bleibt es Aufgabe der Verbände, waldschädlichen und teuren Aktionismus im Wald zu verringern. Hinzu kommt der wachsende Druck der Politik und einiger Energieunternehmen, die Verwendung von mehr Biomasse aus Wäldern für energetische Zwecke zu fördern.

## ROHSTOFFPOLITIK

**Zuständig in der Geschäftsstelle: Josephine Koch**

Das Forum hatte auch 2020 einen Sitz in der deutschen „Multistakeholder-Gruppe“ (MSG) der „Extractive Industries Transparency Initiative“ (EITI). Diese internationale Initiative soll die Transparenz über Finanzflüsse im Rohstoffsektor verbessern. Das FUE hat gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Mitgliedern die Debatte intensiv begleitet. Den Großteil der D-EITI-Arbeit 2020 machte ein Pilotprojekt aus, um das die deutsche MSG von dem internationalen EITI Board gebeten worden war. Erstmals sollte der übliche Zahlungsabgleich, also die Überprüfung von möglichen Differenzen der rohstoffbezogenen Zahlungsströme zwischen Industrie und staatlichen Stellen, durch eine Darstellung der staatlichen Zahlungssysteme und Prüfmechanismen gegen Korruption ersetzt werden. Auch wenn im Ergebnis die komplizierten Prüfmechanismen der öffentlichen Kassen auf

den unterschiedlichen Verwaltungsebenen noch nicht umfassend und ausreichend verständlich analysiert wurden, sehen wir hier wertvolle Ausbaupotenziale für die weitere Pilotphase im nächsten Bericht.

Neben der D-EITI Arbeit engagierte sich das Forum weiterhin im Koordinierungskreis des AK Rohstoffe, wo es regelmäßig über D-EITI berichtete. Es brachte sich auch in den Arbeitsgruppen zu den anstehenden Bundestagswahlen und zur Rohstoffwende ein. In diesem Rahmen entstand beispielsweise die anschauliche Broschüre „12 Argumente für eine Rohstoffwende“.

## CHEMIKALIEN/SAICM

**Zuständig in der Geschäftsstelle: Wolfgang Obenland und Tom Kurz**

Das vom Umweltbundesamt geförderte Projekt des FUE zur internationalen Chemikalienpolitik war und ist zentral ausgerichtet auf die Koordinierung und Begleitung zivilgesellschaftlicher Tätigkeiten vor einer 5. Internationalen Konferenz zum Chemikalienmanagement (ICCM5), bei der eine Nachfolgestrategie für den Ende 2020 ausgelaufenen Strategic Approach to International Chemicals Management (SAICM) verabschiedet werden soll. Unsere Arbeit ist dabei geprägt von den Verhandlungen, an denen neben den Regierungen auch die Zivilgesellschaft als Stakeholder beteiligt ist. Ursprünglich war die Konferenz für die Woche ab dem 5. Oktober 2020 geplant. Wegen der Corona-Pandemie waren allerdings bereits im März 2020 wichtige Vorbereitungs- und Verhandlungsrunden abgesagt worden. Die Konferenz wurde zunächst auf Anfang Juli 2021, später aber auf unbestimmte Zeit verschoben.

Die zweifache Verschiebung der ICCM hatte Auswirkungen jenseits des Projekts. Nach einem halben Jahr Verzögerung wurde der offizielle Verhandlungs- und Vorbereitungsprozess im Oktober 2020 wieder aufgenommen, wenn auch zunächst noch informell und online mit sogenannten virtuellen Arbeitsgruppen (VWGs), die den bei einem Treffen in Bangkok 2019 verabschiedeten konsolidierten Abkommensentwurf weiter diskutierten.

Im Projekt begleiteten wir diese Debatten auf zwei Ebenen: als aktive Teilnehmer an den Diskussionsrunden (in Absprache mit Partnern u.a. im Rahmen des International Pollutants Elimination Network) sowie mit Advocacy-Arbeit in Deutschland.

### Vorbereitung einer internationalen NGO-Konferenz

Seit November 2020 haben wir weiterhin eine internationale zivilgesellschaftliche Vorbereitungskonferenz zur ICCM5 in Bonn organisiert. Die Vorarbeiten und die Ausführung werden aus zusätzlichen Mitteln des Bundesumweltministeriums finanziert. Die für Anfang Juli 2021 anvisierte Konferenz hatte zum Ziel, die internationale Zivilgesellschaft zu vernetzen und gemeinsame Positionen in die ICCM5 einfließen zu lassen. Nach Absage der ICCM auch für Juli 2021 haben wir unsere Planungen entsprechend angepasst und planen eine mehrteilige Online-Veranstaltungsreihe ([www.giftfreie-zukunft.org](http://www.giftfreie-zukunft.org)).

# BIOÖKONOMIE

*Zuständig in der Geschäftsstelle: Josephine Koch*

Vor allem zu Beginn des Jahres entstanden einige Veröffentlichungen zur weiteren Aufklärungsarbeit und kritischen Einordnung der Problematik der Bioökonomie für die Öffentlichkeit. In einer gemeinsamen Pressemitteilung der Organisationen aus dem Aktionsforum Bioökonomie kritisierten wir die neue Bioökonomiestrategie der Bundesregierung, die im Januar veröffentlicht worden war, und erarbeiteten ein Webprodukt mit zwölf gut verständlichen Beiträgen für eine wirklich nachhaltige Bioökonomie. Daneben erstellte das Forum ein FAQ zum Thema Bioökonomie und nahm zu der aktuellen Debatte um die Regulierung neuer Gentechnikverfahren Stellung. Ferner fanden Advocacy-Gespräche mit dem BMU statt sowie teils NGO-interne, teils öffentliche Workshops gemeinsam mit dem Denkhaus Bremen über Forschungsergebnisse zu den Anforderungen eines nachhaltigen Ressourcenumgangs im Rahmen von Bioökonomie, zur Agrarökologie als Alternative zur Bioökonomie und zu den Risiken der Gen- und Biotechnologie im Hinblick auf Bioökonomie.

## G20-G7

Das FUE koordiniert gemeinsam mit dem Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) die Arbeit der deutschen Nichtregierungsorganisationen zu G20 und G7. Dazu gehören u.a. regelmäßige Treffen mit dem deutschen „Sherpa“ Lars-Hendrik Röller, Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt, ferner separate Treffen mit den G7/G20-Verantwortlichen im BMZ. Jürgen Maier war 2019 und 2020 der internationale Koordinator der Civil-20-Arbeitsgruppe zu Handels- und Investitionspolitik, ferner 2020 Mitglied des internationalen Civil 20 Steering Committee.

## AUS DEN ARBEITSGRUPPEN

Die Zusammenarbeit, insbesondere die Sitzungen der AGs, stellte auch 2020 einen wichtigen Ort des strategischen und inhaltlichen Austausches für die im FUE beteiligten Organisationen dar.

### AG Biodiversität

Neben der Arbeit der Task Force zur Vorbereitung der CBD-COP, die auf Oktober 2021 verschoben wurde, fanden von Anfang der Pandemie bis zum Sommer diverse Austausche und Hintergrundgespräche mit politischen Entscheidungsträger\*innen in BMU, Bundestag und in der internationalen Biodiversitätsdiplomatie statt. Ebenfalls organisierten wir einen Austausch zum Thema „Schutzgebiete“ als Teil der COP-Vorbereitungen. Daran anschließend beteiligte sich eine Reihe von AG-Mitgliedern an einer Briefaktion an die Bundeskanzlerin.

## AG Handel

Zu Beginn des Jahres brachte die AG Handel zunächst ein umfassendes Arbeitsprogramm rund um die Ministerkonferenz und die verschiedenen Reformprozesse der WTO auf den Weg und beobachtete weiterhin die Bewegungen zum EU-China-Abkommen und zum damals geplanten EU-China-Gipfel im Herbst in Leipzig. Im Laufe der Entwicklungen der ersten Jahreshälfte und der Verschiebung der Anlässe wurden die Schwerpunkte angepasst und in zwei Arbeitsstränge überführt. Zum einen schrieb die AG an einem Diskussionspapier zu Corona und Handel. Zum anderen schloss die AG eine Positionsbildung zum Kohlenstoffgrenzausgleich (CBAM) ab, die Referentin Nelly Grotefendt hat seitdem an einer Reihe an Veranstaltungen zu dem Thema mitgewirkt und die Position der AG Handel in den Konsultationsprozess der EU-Kommission eingebracht. Die Position liegt auf Englisch und Deutsch vor.

## AG Landwirtschaft und Ernährung

Wie auch in den vergangenen Jahren richtete das FUE, dieses Mal zusammen mit Brot für die Welt, im Rahmen des Global Forum for Food and Agriculture (GFFA) im Januar ein eigenes Panel aus. Weitere Themen, mit denen sich die AG im Berichtszeitraum befasste, waren beispielsweise die FAO-Verhandlungen in Rom zu den freiwilligen Richtlinien zu Ernährungssystemen, die GAP-Reform, Digitalisierung und Landwirtschaft, Agrarökologie, die zivilgesellschaftliche Kritik am Food System Summit 2021 in New York und die Bauernproteste anlässlich der Umwelt- und Tierschutzauflagen.

Das FUE beteiligte sich zudem intensiv an der Mitarbeit zur Studie „Falsche Versprechen: Die Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika (AGRA)“, die am 10. Juli auf Deutsch und Englisch veröffentlicht wurde und die negativen Auswirkungen des AGRA-Programms auf die Ernährungssituation und die Lage der bäuerlichen Strukturen in den beteiligten afrikanischen Ländern aufzeigt. Die Studie basiert größtenteils auf den Analysen des US-amerikanischen Wissenschaftlers Timothy Wise und wurde von Inkota, BfdW, RLS und dem Forum gemeinsam mit Partner\*innen in Sambia, Mali, Tansania und Kenia erarbeitet und herausgegeben. National wie international erlangte die Studie große Aufmerksamkeit in den Medien und in verschiedenen Organisationen. Einige afrikanische NGOs nutzen sie zum Beispiel für eigene Webinare. Die AGRA-Arbeitsgruppe hielt ebenfalls ein internationales Webinar zur Diskussion der Studie ab, das auf sehr breites Interesse stieß. Daneben stieß die Gruppe Advocacy-Arbeit mit dem BMZ, KfW und GIZ an, um die deutsche Rolle bei AGRA zu diskutieren und die Forderung nach einem Ausstieg Deutschlands aus der politischen und finanziellen AGRA-Unterstützung zu untermauern.

## AG Meere und AG Tiefseebergbau

Das Thema Tiefseebergbau war auch 2020 wichtig. Das FUE koordinierte weiterhin die AG Tiefseebergbau, gemeinsam getragen mit dem AK Rohstoffe, und stimmte dort die Begleitung nationaler und internationaler Politikprozesse, die Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit sowie den Wissens- und Erfahrungsaustausch unter den Mitgliedern und mit internationalen Organisationen sowie der

Wissenschaft ab. Auch die internationale Vernetzung bleibt weiterhin wichtig, u.a. durch die Mitgliedschaft in der Deep Sea Conservation Coalition ([www.stoptiefseebergbau.de](http://www.stoptiefseebergbau.de)).

Besonders umfangreich war im Herbst und Winter 2019/2020 die Erarbeitung der „Meeresoffensive 2020“. Das im März veröffentlichte gemeinsame Forderungspapier benennt die notwendigen politischen Schritte, die die Bundesregierung 2020 zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung der Meere tätigen muss.

## AG Wasser

Im Jahr 2020 befasste sich die AG Wasser mit den Vorbereitungen auf Aktivitäten vor dem Weltwassertag im März 2021 und mit einem Positionspapier zur Nutzung der Wasserkraft.

Auch die Vorbereitung einer Vorkonferenz zum Alternativen Weltwasserforum im März 2021 wurde durch das Pandemiegeschehen gestört. Nachdem das (Alternative und) Weltwasserforum auf 2022 verschoben worden war, konzentrierte sich die Arbeit in der AG auf eine virtuelle Seminarreihe im Frühjahr 2021 zu den für die Konferenz geplanten Themenkomplexen „Wasser in der Stadt“, „Wasser auf dem Land“ und „Oberflächengewässer“.



# DNR-TRÄGERSCHAFT: KAMPAGNE MEINE LANDWIRTSCHAFT/ WIR HABEN ES SATT!



*“Frau Klöckner ist eine Ankündigungsministerin, das ist beim Fleischgipfel erneut deutlich geworden. Wir messen die Politik des Bundeslandwirtschaftsministeriums nicht an Werbekampagnen und substanzlosen Lippenbekenntnissen, sondern an den Resultaten. Wir brauchen einen grundlegenden Systemwechsel in der Agrarpolitik.”*

– Saskia Richartz, Leiterin der Kampagne



**DAS VORHABEN IM INTERNET:**

[www.wir-haben-es-satt.de](http://www.wir-haben-es-satt.de)



**TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:**

Verena Günther

Ronja Dietschmann

Regine Holloh

Nicola Arnold (in Elternzeit)

Johannes Kiefl

Saskia Richartz

Daniel Knopp

Christian Rollmann

Die Kampagne „Meine Landwirtschaft“ ist ein breiter Zusammenschluss von rund 60 Organisationen aus Landwirtschaft und Gesellschaft unter Rechtsträgerschaft des DNR. Gemeinsames Anliegen des Bündnisses ist das Engagement für eine Landwirtschaft, in der Tiere artgerecht gehalten werden, Umwelt und Klima geschützt werden und Bäuerinnen und Bauern gut von ihren Erzeugnissen leben können. Der Themendreiklang aus klimagerechter Ernährungspolitik, EU-Agrarreformen und fairer Subventionspolitik für eine bäuerlich-ökologischere Landwirtschaft hat auch 2020 wieder viele Menschen mobilisiert.

## „AGRARWENDE ANPACKEN!“ – GROSSDEMONSTRATION „WIR HABEN ES SATT“ 2020

Zum Beginn des Jahres – noch vor Beginn der Pandemie – kamen bei der Demonstration „Wir haben es satt!“ 27.000 Menschen in Berlin für die Agrarwende zusammen. 170 Bäuerinnen und Bauern, die aus ganz Deutschland mit Traktoren angereist waren, führten wie in den Jahren zuvor den Demonstrationzug an. Schon am Vormittag hatten sie eine Protestnote an die im Auswärtigen Amt versammelten Agrarminister\*innen aus aller Welt übergeben. Diese nahm Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner zusammen mit einem bäuerlichen Gastgeschenk in Form einer Milchkanne persönlich entgegen.

Am Vorabend der Demonstration fand die traditionelle Schnippeldisko erstmalig in einem Zirkuszelt auf dem Tempelhofer Feld statt. Über 1.000 Menschen kochten aus Gemüseunikaten, die es wegen ihrer einzigartigen Form nicht in die Supermärkte schaffen, eine leckere Suppe für den Folgetag. Zugleich lauschten die Teilnehmenden spannenden Vorträgen und diskutierten über zukunftsfähige Landwirtschaft. Im Anschluss an die Demonstration fand wieder die Veranstaltung „Soup & Talk“ statt. Hier konnten sich die Demonstrant\*innen in der Heinrich-Böll-Stiftung durch Kurzvorträge zu innovativen Projekten und Initiativen aus der Land- und Lebensmittelwirtschaft inspirieren lassen.

Laut Polizeiangaben handelte es sich bei „Wir haben es satt!“ um die größte Demonstration in Berlin im Jahr 2020. Aber nicht nur das: Im zehnten Jahr nach der Gründung des Bündnisses war die Großdemonstration ein deutliches Zeichen, dass die Bewegung für gutes Essen und gute Landwirtschaft lebendiger ist denn je. Zum Auftakt der Agrarmesse „Grüne Woche“ kam seit der ersten Demonstration im Jahr 2011 insgesamt eine Viertelmillion Menschen zusammen.

## ENGAGEMENT ZU PANDEMIEZEITEN

Kurz nach der Demonstration veränderte die Corona-Pandemie auch die Arbeit von „Meine Landwirtschaft / Wir haben es satt!“. War es bis dato das Kerngeschäft des Kampagnenbüros gewesen, Menschen massenhaft auf die Straße zu bringen, sah sich das Team im Jahr 2020 mit neuen Herausforderungen konfrontiert: eine stärkere Verlagerung ins Digitale und Proteste mit Maske, Abstand und Hygienekonzept.

Nachdem das Bündnis jahrelang Präsenz bei den Protesten zur Hauptversammlung von Bayer im Rheinland gezeigt hatte, fand die Kritik an Konzernmacht, Pestiziden und Gentechnik 2020 vornehmlich im Internet und in den sozialen Medien statt. So beteiligte sich „Wir haben es satt!“ am Livestream der „Coordination gegen Bayer-Gefahren“ und verschaffte sich mit Sharepics Aufmerksamkeit.

## PROTESTE WÄHREND DER DEUTSCHEN EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT

Zum Auftakt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft am 1. Juli forderte das Bündnis am Brandenburger Tor mit einer bildstarken Protestaktion: „Liefere statt labern, Frau Klöckner!“. Rund 50 mit Klöckner-Masken verkleidete Personen warfen der Agrarministerin Untätigkeit und leere Versprechen vor. Sie forderten mehr Tempo bei der Agrarwende und eine EU-Agrarreform, die ihren Namen verdient. Der Protest schaffte es sogar in die „Tagesschau“ und wurde vom „Guardian“ zum „Photo of the Day“ gekürt.

Für weiteren Druck auf das deutsche Agrarministerium, bei dem in der zweiten Jahreshälfte die Fäden bei der Reform der EU-Agrarpolitik zusammenliefen, sorgte die Kampagne beim EU-Agrargipfel Ende August in Koblenz. Julia Klöckner hatte ihre europäischen Amtskolleg\*innen dazu an die Mosel eingeladen, um bei Wein und Häppchen über die zukünftige Verteilung der Agrarsubventionen zu debattieren. Zum Auftakt des Gipfels zog ein Demonstrationszug mit über 1.000 Menschen mit Masken und Abstand zum Koblenzer Schloss, um eine enkeltaugliche Subventionspolitik zu fordern. Bei einer spektakulären Bildaktion vor dem Tagungsort kippte das Kampagnenbüro während der Abschlusspressekonferenz der Agrarminister\*innen 1.500 Weinflaschen ab. Die glasklare Botschaft der Aktion: „Eure Agrarpolitik ist ein einziger Scherbenhaufen!“.





## “GOOD FOOD GOOD FARMING” – DIE AGRARWENDEBEWEGUNG AUF EUROPÄISCHER EBENE

Im Oktober fand wie schon in den Vorjahren der Aktionsmonat der europäischen Koordination „Good Food Good Farming“ statt, die an das Kampagnenbüro angedockt ist. Bei 88 Aktionen in 16 europäischen Ländern forderten Mitglieder eine ökologischere und sozial gerechtere Ernährungs- und Agrarpolitik. Darüber hinaus treiben die Koordinator\*innen die Gründung und Vernetzung von Zusammenschlüssen im Stile des Bündnisses „Wir haben es satt!“ in vielen europäischen Ländern voran. Durch konzertierte Social-Media-Aktivitäten und gemeinsame Kommunikationsstrategien gelang es im Lauf des Jahres, Druck auf die Regierungen in den EU-Mitgliedstaaten auszuüben.

## VORBEREITUNGEN FÜR #WHES21 IM ZEICHEN VON PANDEMIEGERECHTEM PROTEST

Im Januar 2021 konnte wegen der Pandemielage keine Großdemonstration in Berlin stattfinden. Weil sich dies Ende 2020 abzeichnete, rief das Demonstrationsbündnis die „Aktion Fußabdruck“ ins Leben. Die dahinterstehende Idee: Statt sich auf den Weg nach Berlin zu machen, sollten die Agrarwendeaktivist\*innen ihren Fußabdruck mit einer Forderung nach Berlin schicken. Über 10.000 kreative, bunte und ausdrucksstarke Fußabdrücke wurden digital oder per Post eingesandt. Diese wurden dann von Bündnisvertreter\*innen am 16. Januar vor dem Kanzleramt beeindruckend in Szene gesetzt.

FOKUS:

# STRUKTUREN & ZAHLEN



*„Bürokraten bekämpft man am besten, indem man ihre Vorschriften genau befolgt.“*

– Cyril Northcote Parkinson, 1909-1993,  
britischer Historiker, Soziologe und Publizist

## FINANZIERUNG DER DNR-PROJEKTE

Zuwendungsgeber	Projekt	Einnahmen in €	Ausgaben in €
BfN		0,00	0,00
Zwischensumme		-	-
Zuwendungsgeber	Zuwendung Dritter	Einnahmen in €	Ausgaben in €
Spenden	Mehr Agrarökologie (Übertrag aus 2016)	9.000,00	9.000,00
DBU + andere	Regionalentwicklung Odertal	-	3.264,00
ECF	Klima- und Europapolitik	2.500,00	61,19
ECF	Klimakabinett	32.000,00	41.268,29
BUND e. V.	Analyse Ressourcenpolitik	14.105,60	12.198,40
ECF	Anhebung der Klimaziele während der Deutschen Ratspräsidentschaft	40.500,00	38.496,71
BUND, DUH, NABU	Zivilgesellschaftliche Plattform Forschungswende	43.000,00	37.169,84
Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation IAO	Verbund KI - Unlikely Allies	5.718,80	5.718,80
adelphi	FONA Gemeinsame Agrarpolitik	-	-
ECF	Neuer Schwung für die Energiewende	51.960,00	9.363,37
Zwischensumme		189.784,40	147.540,60
<b>Gesamtsumme</b>		<b>189.784,40</b>	<b>147.540,60</b>

## EINNAHMEN

Institutioneller Haushalt	Einnahmen in €
Veröffentlichungen	0,00
Vermischte Einnahmen	7.925,68
Zweckfreie Spenden	160,00
Zweckgebundene Spenden	1.680,00
Übertrag aus Einnahmen zweckgebundener Spenden	0,00

## AUSGABEN

Institutioneller Haushalt	Ausgaben in €
Ehrenamt	13.680,00
Personal	1.053.443,06
Verwaltungs- und Geschäftsbedarf	105.590,64
Mieten und Pachten	143.161,11
Aus- und Weiterbildung	6.343,69

## EINNAHMEN

Institutioneller Haushalt	Einnahmen in €
Zuwendung des BMU	1.518.447,52
Erstattungen aus Verwaltungsausgaben	70.198,14
Mitgliedsbeiträge	183.250,00
Geldbußen	0,00
Zinseinnahmen	0,28
<b>Summe</b>	<b>1.781.661,62</b>

Bestand aus 2019	57.852,48
<b>Summe</b>	<b>1.839.514,10</b>

Projekte	Einnahmen in €
Zuwendung des Bundes	0,00
Zuwendung Dritter	189.784,40
<b>Summe</b>	<b>189.784,40</b>

Forum Umwelt & Entwicklung	Einnahmen in €
Veröffentlichungen	253,00
Zuwendungen des BMU	331.700,00
Mitgliedsbeiträge	45.247,00
Zuwendung des Bundes für Projekte	212.122,00
Zuwendung Dritter	979.710,78
<b>Summe</b>	<b>1.569.032,78</b>

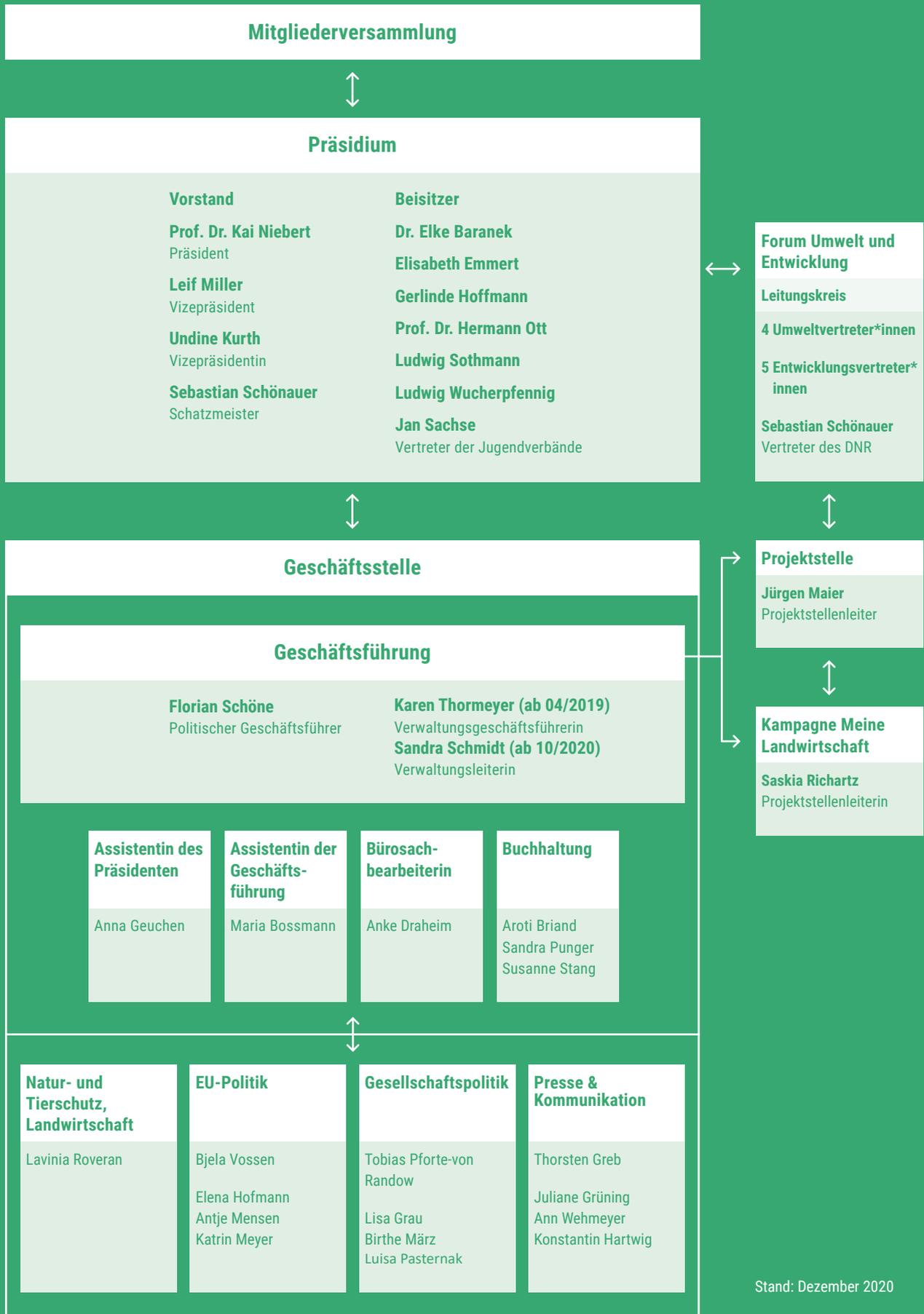
## AUSGABEN

Institutioneller Haushalt	Ausgaben in €
Reisekosten	15.073,23
Aufträge an Dritte	163.843,45
Veranstaltungen	27.800,59
Beiträge Vereine, Gesellschaften	3.450,00
Beiträge internationale Organisationen	5.559,48
Vermischte Verwaltungsausgaben	5.886,37
Außergewöhnlicher Aufwand	573,41
Veröffentlichungen	133.761,50
<b>Summe</b>	<b>1.678.166,53</b>

Projekte	Ausgaben in €
Projekte des Bundes	0,00
Projekte Dritter	147.540,60
<b>Summe</b>	<b>147.540,60</b>

Forum Umwelt & Entwicklung	Ausgaben in €
Personal	300.448,28
Verwaltungs- und Geschäftsbedarf	21.355,46
Mieten und Pachten	21.390,91
Reisekosten	826,30
Veranstaltungen	364,96
Veröffentlichungen	31.771,27
Vermischte Verwaltungsausgaben	1.042,82
Projekte des Bundes	188.640,76
Projekte Dritter	788.332,15
<b>Summe</b>	<b>1.354.172,91</b>

# ORGANIGRAMM DEUTSCHER NATURSCHUTZRING



## MITGLIEDSCHAFTEN UND GREMIEN (IN AUSZÜGEN):

### DNR-MITGLIEDSCHAFTEN

DNR-MITGLIEDSCHAFTEN	ANSPRECHPARTNER*IN
Climate Action Network (CAN)	Bjela Vossen (DNR)
Bundesstelle für Energieeffizienz (BfEE)	Gabrielle Terhorst (BUND)
Jury Bundeswettbewerb Ökologischer Landbau	Florian Schöne (DNR)
Naturerbe-Rat bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIrMA)	Adrian Johst (Naturstiftung David) Christian Unselt (NABU)
Umweltgutachterausschuss	Frank Ebinger (BUND), Werner Wild (BUND), Marion Hammerl (Bodensee Stiftung)
Jury UN-Dekade Biologische Vielfalt in Deutschland.	Lavinia Roveran (DNR)
Deutscher Naturschutztag (DNT)	Undine Kurth (DNR) Jan Sachse (DNR)
Bündnis für Gemeinnützigkeit (BfG)	Florian Schöne (DNR)
Initiative Transparente Zivilgesellschaft (ITZ)	Florian Schöne (DNR)
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)	Elke Baranek (DNR), Florian Schöne (DNR)
Europäische Bewegung Deutschland (EBD)	Bjela Vossen (DNR)
Europäisches Umweltbüro (EEB), Brüssel	Bjela Vossen (DNR)
Verein Grüner Strom Label e.V.	Florian Schöne (DNR)
Fachagentur Windenergie an Land	Ludwig Sothmann (DNR)
International Union for the Conservation of Nature (IUCN), Focal Point Deutschland	Florian Schöne (DNR)

Stand: Dezember 2020

# IMPRESSUM

## DEUTSCHER NATURSCHUTZRING – JAHRESBERICHT 2020



### HERAUSGEBER

Deutscher Naturschutzring (DNR)

Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen e.V.

### ADRESSE

Marienstraße 19-20

10117 Berlin

### TELEFON

+49 (0)30 / 678 1775-70

### E-MAIL

[info@dnr.de](mailto:info@dnr.de)

### ONLINE

[www.dnr.de](http://www.dnr.de)



### REDAKTION UND BEARBEITUNG

Florian Schöne

Kai Niebert

Sandra Schmidt

Anna Geuchen

Simone Glück

Aroti Briand

Ramona Bruck

Saskia Richartz

Jürgen Maier

Tobias Pforte-von Randow

Lisa Grau

Bjela Vossen

Antje Mensen

Lavinia Roveran

Thorsten Greb

Juliane Grüning

Ann Wehmeyer

Markus Ströhlein

### GESTALTUNG

Karo3, Kommunikationsagentur für Design und Programmierung

[www.karo3.de](http://www.karo3.de)

### FÖRDERHINWEIS

Gefördert durch das Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU).



## GRÜNDUNG

1950

## MITGLIEDER

91

## REICHWEITE

11 Millionen Menschen

## GEMEINSAMES ZIEL

Natur- und Lebensräume schützen, Schönheit der Landschaft und Ressourcen unseres Planeten bewahren.



### Schwerpunkt 01

## UNSER NATURVERSTÄNDNIS

Für den DNR ist Natur sowohl physische Lebensgrundlage als auch entscheidend für ein sinn-erfülltes Leben des Menschen. Erst die unmittelbare Erlebbarkeit von Natur und Landschaften bietet einen emotionalen Zugang zu ihr. Neben der Erhaltung der biologischen Vielfalt muss daher der Schutz der Landschaften wieder ins Zentrum des Naturschutzes gerückt werden.



### Schwerpunkt 02

## NACHHALTIGKEIT

Damit die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten werden können und die heutige Gesellschaft nicht auf Kosten zukünftiger Generationen lebt, sind Entscheidungen auf allen politischen Ebenen auf der Grundlage von Nachhaltigkeitsanforderungen zu treffen, die sich an den Zielen der Biodiversitätserhaltung orientieren. Hierfür müssen für die jeweiligen Bereiche anspruchsvolle Standards als Orientierung für verantwortungsbewusstes Handeln entwickelt werden. Der DNR gestaltet mit seinen Mitgliedsorganisationen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren diesen Prozess mit.



### Schwerpunkt 03

## GESELLSCHAFTLICHER UMBAU

Das heutige Finanz- und Wirtschaftssystem stößt an seine Grenzen. Notwendig ist die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft hin zu einer nachhaltigen Entwicklung, verbunden mit weniger Konsum in den Industriegesellschaften, einer entsprechenden Regulierung der Finanzmärkte sowie einer ökologischen Finanzreform. Darüber hinaus setzt sich der DNR für die Einführung eines nationalen Wohlfahrtsindex als Maßstab für gesellschaftliche und politische Entscheidungen zur Ergänzung des Bruttoinlandsprodukts ein. Er strebt eine Veränderung der gesetzlichen Bestimmungen im Sinne eines an seinen Nachhaltigkeitsanforderungen orientierten Wettbewerbsrechts an.

# DNR-MITGLIEDER 2020



Stand: Dezember 2020

